

Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch !

**ROTER
STERN**



Zentralorgan der Kommunistischen Partei Deutschlands / Marxisten-Leninisten
40.Jahrg. Anschrift: H. Polifka Postfach 35 11 02 in 39034 Magdeburg Nr.2/2006 1 €
www.kpd-ml.net bzw. kpd-ml@arcor.de

NIE WIEDER KRIEG...

"Jetzt sind wir frei!"

Außenminister Kinkel, 1995



...OHNE DEUTSCHLAND!

Die KPD/ML in Aktion:

Magdeburg:

Die faschistische Gefahr geht vom Staat aus

„Deutschland ist ein Land, dass die Kraft der Freiheit in sich trägt“, sagte Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) beim zentralen Festakt zum 3. Oktober in der Ostseehalle in Kiel. „Die Freiheit „ist und bleibt für mich der entscheidende Schlüssel, damit Gerechtigkeit und Solidarität eine Zukunft haben.“ Diese „Freiheit“ erlebten wir an diesen 3. Oktober hautnah:

Auch dieses Jahr war die Kommunistische Partei präsent auf den Veranstaltungen zum 3. Oktober. Sie verteilte Flugblätter. Nach etwa 30 Minuten erhielt sie wieder einmal Platzverweis. Zumindest wurde dieser angedroht. Wir verteilten daraufhin einige Meter entfernt weiter unsere Flugis.

Aus der Vergangenheit wissen wir, dass es nicht immer beim Platzverweis bleibt. Propagandamaterial, Fahnen oder Transparente werden schon mal beschlagnahmt unter Hinweisen auf das KPD-Verbot. Auch wenn wir diese Materialien dann nach Wochen persönlich wieder abholen dürfen, sind dies immer wieder Schikanen und Zeitaufwendungen.

Anders der Umgang des Staates mit Nazis. Auf dem Domplatz begann um 13.00 Uhr eine Kundgebung der Nazis. Unterstützer war Ehrhold – bekannt durch seinen Aufruf zur Montagsdemo vor zwei Jahren in Magdeburg. Er liegt z.Z. im Krankenhaus und ein Nazi verlas seine Rede. Gekommen war eine illustre Gesellschaft der Naziszene: Reichsregierungsanhänger, Festungsstadt MD Kameraden, Nationale Sozialisten, ein Einzelkämpfer für einen „Volksaufstand“ und ähnliche Idioten. Etwa 30 Nazi-Leute folgten dem Aufruf. Mehr als 80 aktive Antifaschisten protestierten lauthals, unterstützt von vielen anderen. U.a. von den Montagsdemonstranten. Der Spuk wäre in Null komma Nix beendet, wäre da nicht die Staatsmacht. Vertreten durch Polizei, Zivilschutz usw. Mehr als 100 grünuniformierte, staatliche Schläger sorgten für den reibungslosen Ablauf dieser Nazikundgebung. Antifaschisten wurden eingeschüchtert, geschlagen und weit abgedrängt von dem kleinen Häuflein von Nazis. Die Beschallungsgeräte trugen die lauthals verkündeten sozial-demagogischen Parolen weit über den Platz. Gegen Kapital, Hartz IV, gegen die Politikerlügen wurde gewettert. Untermalt

mit Antikriegsliedern von Udo Lindenberg oder Westerhagen.

Eine großangekündigte Demo fand aufgrund vom Fehlen von Nazimasse nicht statt. Wir diskutierten immer wieder mit und betonten die Notwendigkeit eines Verbotes von allen Naziorganisationen und deren Ideologie und warum der Staat dagegen ist und es nicht durchführt. Deutsche Polizisten schützen die Faschisten - an diesen Tag der „Freiheit“ war das wieder einmal für viele offensichtlich, Freiheit für...

Mitteilung der Redaktion:

Die Redaktion von „ROTER STERN“ und die Partei haben mindestens seit Anfang Juni Probleme mit der Deutschen Post. Seit ungefähr Mitte Juni wird das von uns angemietete Postfach in Gelsenkirchen nicht mehr beliefert. Von unseren Briefpartnern wissen wir, daß ihre Sendungen an uns z.T. zurückkamen schon Ende Mai 2006 mit Vermerken wie „Empfänger unbekannt“ oder „Nicht zu ermitteln“ - und das bei Briefpartnern, deren Sendungen bis dahin seit Jahren unbeanstandet in unserem Postfach landeten. Nach einer telephonischen Rücksprache mit der zuständigen Abteilung der Post wurde uns Besserung gelobt, doch bleibt unser Fach immer noch leer. Das kann nun natürlich auch daran liegen, daß nach zahlreichen Rücksendungen an Euch Ihr aufgegeben habt. Wir bemühen uns weiter, alles wieder richtig in Gang zu bringen oder um ein neues Postfach, und bitten um Euer Verständnis und - gebt die Hoffnung nicht auf. Wenn die Post zurückkommt, liegt es nicht daran, daß es uns nicht mehr gibt - das hätte die Bourgeoisie wohl gern, **das wird es aber nicht geben!**

Zumindest als Übergangslösung bitten wir Euch, an das Postfach in Magdeburg zu schreiben.

Gelsenkirchen: Schlappe für die Nazis

Korrespondenz: Im Juni versuchten die Nazis, die Fußballweltmeisterschaft für sich auszunutzen. Sie kündigten eine Kundgebung und Demonstration in Gelsenkirchen an. Anders als in vielen anderen Städten versuchten hier Bürgermeister und Polizei, diese Aktivitäten zu verbieten, doch das letztlich entscheidende Gericht verhinderte ein Verbot. Antifaschisten hatten schon früh gegen die Faschisten mobil gemacht. Leider gab es am 10. Juni dann mindestens zwei organisierte, wenn nicht gar drei getrennte Gegendemonstrationen, eine weitere spontane gab es von der Ückendorfer Bevölkerung.

Herr Müntefering und entsprechende Leute führten räumlich fern von den Nazis eine dezente Gegendemonstration durch. Viel näher am tatsächlichen Geschehen waren allerdings mehrere tausend Antifaschisten, die mit einer beeindruckenden Demonstration - zusammen mit zahlreichen Mitgliedern von Fan-Clubs von Schalke 04 - und guten Reden gegen die Nazis protestierten.

Das Tollste jedoch lief im Stadtteil Ückendorf ab. Dort hatten die Nazis ihre Kundgebung angemeldet, sozusagen mitten im Arbeiterviertel. Zwischen dem Stadtteil Ückendorf und der Innenstadt verläuft die Anlage der Bundesbahn.

Die Antifaschisten hatten in der Innenstadt demonstriert und waren fertig, als die Naziaktionen auf der anderen Seite des Bahnhofs losgehen sollten. Ein Großaufgebot von Polizei verhinderte allerdings stundenlang einen Zugang von der Innenstadt nach Ückendorf. Mit meiner Fahrkarte allerdings konnte ich mich hindurch mogeln und kam so zum Aufmarschplatz der Nazis. Und so etwas, wie es dort dann passierte, habe ich in meinen vielen Jahren der politischen Arbeit noch nie erlebt!

Etwa 60 Nazis (in den Medien war später von



200 die Rede) waren hinter Absperrgittern in Sicherheit und um sie herum die Ückendorfer Bevölkerung, ganz gewöhnliche Menschen, Deutsche, Ausländer, Arbeiter, Hausfrauen, Jugendliche - und keine politische Organisation. Und diese Menschen machten die Nazis fertig, daß es eine Freude war! Sie schrieten sie nieder, sie pffiften sie aus, und das mehr als eine Stunde lang.

Die Nazis hatten ihre übliche Riesen-Lautsprecheranlage aufgeföhren, die eigentlich alles übertönt - alles bis auf die Ückendorfer Bevölkerung! Bei

den Buh-Rufen, dem Pfeifkonzert und den "Nazis raus!"-Forderungen war der Lautsprecher kaum noch zu hören und schon gar nicht zu verstehen. Nun kann man ja nicht eine Stunde lang ununterbrochen laut schreien, es wurde also zwischendurch immer wieder mal etwas leiser. Doch kau drang der Lautsprecher mit seinen "Kameradinnen und Kameraden!" oder ähnlichen Nazi-Schlagwörtern durch, brandete der Protest wieder auf. Für die Nazis eine bittere Schlappe. Daß ihnen bei ihren Aktionen antifaschische Organisationen gegenüber stehen, sind sie ja gewöhnt, aber hier war es die "normale" Bevölkerung, die ihnen eine unübersehbare und unüberhörbare Abfuhr erteilte.



Ückendorfer Bevölkerung gegen die Nazis!

Abschlussklärung des XX. Internationalen Antiimperialistischen und Antifaschistischen Jugendlagers

In einer Zeit, in der sich die Angriffe des Imperialismus gegen die Völker der Welt verschärft haben, hat die antifaschistische und antiimperialistische Jugend ihre kämpferische Stimme auf dem XX. Internationalen Antiimperialistischen und Antifaschistischen Jugendlager in Kopenhagen, Dänemark, erhoben. Dort haben wir auch – mit der Unterstützung der dänischen Bevölkerung – eine Demonstration gegen die Anwesenheit der imperialistischen Truppen im Irak und in Afghanistan sowie gegen den Krieg im Mittleren Osten organisiert.

Über 300 junge Menschen aus sechzehn Ländern – Deutschland, Österreich, Brasilien, Kolumbien, Ecuador, Spanien, Finnland, Frankreich, Indien, England, dem Irak, dem Iran, Mexiko, Palästina, der Türkei und Dänemark – veranstalteten Arbeitsgruppen, Diskussionen und Debatten, in denen wir die Erfahrungen der Organisation und des Kampfes gegen Krieg, Neoliberalismus und Imperialismus miteinander teilten.

Die Welt, die sich im Griff des Imperialismus befindet, steckt in einer Krise. Das zeigt sich daran, dass einerseits durch Kriege, Invasionen und Aggressionen gegen die Völker, die ihre Befreiung suchen eine Orientierung auf den Faschismus stattfindet. Das zeigt sich andererseits in der Anwendung neoliberaler Politik, die die Völker der Welt dazu zwingt, in Armut zu leben und jede Möglichkeit auf den Zugang zu Arbeit, medizinischer Versorgung und qualifizierter Ausbildung verneint. Die Rivalität zwischen den nordamerikanischen und anderen – z.B. den europäischen – Imperialisten, hat sie zu einem blutigen Streit um die Rohstoffquellen und strategischen Zonen für die Sicherung ihrer Interessen geführt.

Mit der Verstärkung dieser Angriffe nimmt auch der Widerstand der Völker, der Arbeiterinnen und Arbeiter und insbesondere der Jugend zu. Ein Beispiel dieses Kampfes und der internationalen Solidarität ist das XX. Internationale Antiimperialistische und Antifaschistische Jugendlager. Mit ihm wollen wir unsere unerschütterlich feste Verpflichtung ausdrücken, den Kampf der Völker zu unterstützen. Wir unterstützen den Kampf und den Widerstand der Völker Iraks und Afghanistans, deren Länder von den USA und der NATO besetzt sind und den Kampf des palästinensischen und des libanesischen Volkes gegen die zionistische Aggression.

Wir charakterisieren Lateinamerika als das schwächste Glied in der Kette der imperialistischen Herrschaft. Venezuela treibt einen demokratisch-nationalistischen Prozess voran. In Kolumbien hält der Aufstand seit 40 Jahren an; in Ecuador verjagte das Volk drei korrupte Präsidenten und versetzte dem Imperialismus Schläge durch den Rauswurf von OXY (Occidental Petroleum, US-Ölkonzern) und durch die Nichtunterzeichnung des TLC (Vertrag über die amerikanische Freihandelszone).

Wir sehen den Widerstand der kubanischen Revolution, der seit über 40 Jahren anhält, und ebenso den demokratischen Prozess des bolivianischen Volkes, das seine natürlichen

Bodenschätze verteidigt, sowie den Kampf des mexikanischen Volkes, um den Volkswillen durchzusetzen. Mehr noch: In Europa hat der Kampf der in Deutschland gegen Hartz IV sowie die erfolgreiche „Nein!“-Kampagne des französischen Volkes gegen die EU-Verfassung und der Sieg der französischen Jugend über das CPE-Gesetz (Gesetz über den Neueinstellungsvertrag) alle Teile der Bevölkerung befähigt, sich dem Kampf gegen die neoliberale Politik anzuschließen. Diese Kämpfe der letzten Jahre haben den europäischen Völkern demonstriert, dass die neoliberale Politik und die militaristischen Pläne der EU durch einen vereinten und entschlossenen Kampf der Völker niedrigerungen werden können.

Der Wind der Veränderung weht überall auf der Welt und verpflichtet die Jugend, ihren Kampf zu verstärken, neue Kampferfolge zu erringen, so wie es die französische Jugend gegen den CPE geschafft und unter anderem die Jugend in Chile und Ecuador für ein besseres Schul- und Ausbildungswesen geschafft hat. Während der Zeit im Lager haben die Teilnehmer/innen von der Erfahrung dieser Jugendlichen lernen können, die durch ihre Aktionen demonstriert haben, dass Einigkeit die Garantie darstellt für den Sieg über den Imperialismus, unseren gemeinsamen Feind. Die Grenzen, die uns trennen, sind nicht wichtig.

Es gibt nur einen Kampf und eine Verpflichtung, die uns eint. Lasst die Jugend der ganzen Welt erfahren, was auf dem XX. Internationalen Antiimperialistischen und Antifaschistischen Jugendlager beschlossen worden ist!

Beginnt mit neuen Kämpfen und Widerstandsaktionen für die Befreiung der Völker der Welt!

Verstärkt die Beziehungen im Geist der internationalen Solidarität zwischen den Teilnehmern des XX. Internationalen Antiimperialistischen und Antifaschistischen Jugendlagers mit allen demokratischen und revolutionären Organisationen auf der ganzen Welt!

Unternehmt alle Anstrengungen, das XXI. Internationale Antiimperialistische und Antifaschistische Jugendlager so zu gestalten, dass es allen Jugendlichen die Aufgabe stellt, eine bessere Welt aufzubauen!

Lasst uns kämpferisch und furchtlos das Ziel anstreben, für die Einheit der Jugend und der Völker gegen Imperialismus und Faschismus zu arbeiten!

Die einzige Alternative zum Kapitalismus ist der wissenschaftliche Sozialismus!

Für die internationale Solidarität!

Lang lebe das XX. Internationale Antiimperialistische und Antifaschistische Jugendlager!

Das XXI. Internationale Antiimperialistische und Antifaschistische Jugendlager findet 2008 in Brasilien statt.

Kopenhagen, August 2006

3. Oktober:

Tag der imperialistischen Wiedervereinigung

**ES GIBT VIELE GRÜNDE ZU KÄMPFEN!
GEGEN DIE GROSSE KOALITION DER LOHN-, ZEIT- UND
SOZIALRÄUBER!
GEGEN DEN DEUTSCHEN IMPERIALISMUS!**

Bereits 1990 wiesen die KommunistInnen darauf hin, was ein imperialistischer Anschluss für die Bevölkerung in der noch existierenden DDR bringen würde und welche Auswirkungen in Westdeutschland zu erwarten wären: Die Werktätigen in der DDR dürfen von der BRD keine Rettung, keine Lösung ihrer Probleme erwarten. Wir KommunistInnen sind für Wiedervereinigung, aber nur dann, wenn in ganz Deutschland die Arbeiterklasse herrscht. Unter den heutigen Bedingungen bedeutet „Wiedervereinigung“, dass die westdeutschen Monopole die DDR schlucken. Und das würde für die Werktätigen in ganz Deutschland katastrophale Folgen haben: Die westdeutschen Monopole würde mit der DDR verfahren wie ein Konkursverwalter: Sie würden sie ausschlachten. Einige wenige Produktionseinheiten, die für sie lukrativ sind, würden sie übernehmen, dort rationalisieren und die Ausbeutung steigern. Der Rest würde faktisch liquidiert.

Der Beitritt der DDR

Längst sind die Illusionen verflogen, die davon ausgingen der Beitritt löse die vielen Probleme, die es in der DDR gab. Einst war dieser Staat angetreten eine Alternative zu sein zur kapitalistischen BRD. Spätestens seit dem Bau der Mauer war es damit aber Schluss, Revisionisten hatten das Sagen in der SED. Diese Leute wollten auf ewig herrschen. Diese SED-Bonzen führten das Land letztendlich in die Arme des BRD-Imperialismus. Ihr Verrat am Sozialismus wurde gekrönt mit der Behauptung, die DDR sei eine eigene Nation. Die Revision all dessen was die SED Anfang der 50er einst als Ziel hatte - ein vereintes sozialistisches Deutschland - führte dazu Konfusion und Verwirrung über die Aufgaben und Ziele einer sozialistischen bzw. kommunistischen Gesellschaft auf die Spitze zu treiben. Parallel dazu wurde der Überwachungsapparat

(Stasi) ausgebaut. Die Krise erreichte Ende der 80er Jahre ihren Höhepunkt. Der Beitritt der DDR, eingefädelt durch die alten und neuen SED-Bonzen, die sich fortan PDS nannten, durch die Sowjetrevisionisten gemeinsam mit dem deutschen Imperialismus, gipfelte in dem Programm Modrows „Deutschland einig Vaterland“.

Damit war der Weg frei für das was 1990 DDR-Minister Reichenbach zum Inkrafttreten des Treuhandgesetzes sagte:

„... was sich gerade in der DDR abspielt, sei der größte Konkurs der Weltgeschichte.“

Heute ist der Osten der BRD das was in Italien Sizilien ist.

Er bietet keine Perspektive für die Jugend. Das Wirtschaftswunder Ost: Es war eine der großen Lügen, um ein Plattmachen des Landes zu vertuschen.

Die Lüge – Bestandteil der Klassengesellschaft

Budapest: Ministerpräsident Ferenc Gyurcsany sagte kurz nach der Parlamentswahl vom 23. April, er habe die Öffentlichkeit über den Zustand der Wirtschaft belogen, um seine Wiederwahl zu sichern. Er erklärte:

„Wir haben am Morgen, am Abend und in der Nacht gelogen.“

Seine Regierung habe durch „hunderte Tricks“ und „göttliche Vorsehung“ die Wahl gewonnen. Wie war das mit den Beitrittsversprechungen? Und keinem DDR-Bürger wird es schlechter gehen als bisher. Es wird ein Wirtschaftswunder geben und Wohlstand für alle! Blühende Landschaften ... (Kohl). Und: „Bald spreche man vom goldenen Osten“ (Pieroth, CDU).

Die Parteien, die die kapitalistische Gesellschaftsordnung verteidigen, fürchten das Volk, deshalb wagen sie es auch nicht, mit ihrer Tätigkeit offen und ehrlich vor das Gesicht des Volkes zu treten.

Dass die herrschende kapitalistische Klasse aber lügen muss, ist darin begründet, dass die historische Wahrheit ihren Interessen widerspricht und den objektiven Interessen der werktätigen Massen entspricht.

Eine entartete SED musste z.B. folglich denselben Weg gehen wie bürgerliche Kräfte: Das Volk belügen. Für eine reaktionäre Partei war es nur logisch einen riesigen Überwachungsapparat (MfS) zu installieren. Heute ist übrigens die BRD Weltmeister im Telefonabhören. Der Abbau bürgerlich-demokratischer Rechte wird intensiviert.

Weltweite kriegsrische Expansion fördert aber im Inneren die Faschisierung durch den bürgerlichen Staatsapparat.

Für „Brot und Spiele“ sorgten einst die alten Römer, um das Volk bei Laune zu halten. Heute versuchen unsere neuen Herren selbiges. Nur fürs kostenlose „Brot“ reicht es anscheinend nicht mehr - kein Geld! Unsere gleichgeschalteten Medien verbreiten täglich dieselben Lügen: Kein Geld mehr da! Wir müssen sparen! Reformen, Reformen! Merkwürdig nur das beim Militär nicht gespart wird. Auch die Revanchisten erhalten genügend Knete. Aber den Löwenanteil vom „gesparten“ Geld bekommen die Banken, die Monopole, das Kapital! Daimler-Chrysler, die Deutsche Bank, Siemens und wie sie alle heißen: Sie zahlende de facto keine Steuern mehr. Und warum?

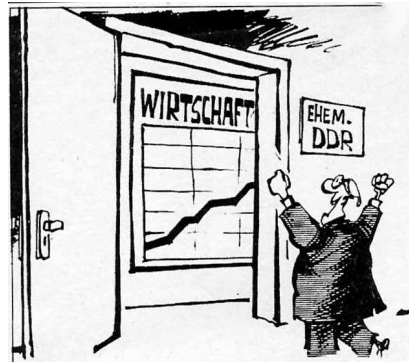
Ihre willigen Helfer in der Regierung/Opposition machen es möglich. Agenda 2010, die Hartz-Konzepte und wie sie alle heißen, dienen dazu die breiten Massen auszuplündern für das Kapital.

Dieses braucht das Geld für ihre Profitmaximierungsinstrumente. Der tendenzielle Fall der Profitrate soll gestoppt werden. Die Anschaffungen neuer Maschinen kosten Unsummen. Der kapitalistische Staat wird immer mehr geschröpft - d.h. wir sollen zahlen. Neue, moderne Produktionsstätten wiederum setzten Arbeitskräfte frei. Die Massenarbeitslosigkeit steigt. Ein Kreislauf ohne Ende im Kapitalismus. Aktien werden nicht versteuert - dafür aber Brot! Es sind die Werktätigen, die allen Reichtum

schaffen. Sie sind es die den deutschen Kapitalisten bis 2000 einen Betrag als Geldvermögen in die Tresore geschaufelt haben, von dem das ganze

Volk fünf Jahre leben könnte, ohne zu arbeiten. So reich haben die Proleten dieses Land gemacht, dass sich ein wahrhaft überflüssiger Haufen von Banken, Versicherungen, Spekulanten, Börsenschiebern Jahr für Jahr ein Drittel des Volkseinkommens aneignen kann. All das schaffen die Arbeiter: Sie bauen Maschinen, Computer, fördern Kohle, schmelzen Rohstahl usw. Aber sie lassen die Produktionsmittel in den Händen der Kapitalisten! Da wird der Segen zum Fluch. Um 20 % im Durchschnitt hat der einzelne Arbeiter 1998 mehr geschaffen als 1992. Ein Fünftel der Produktionszeit eingespart für die Gesellschaft in nur sechs Jahren, eingespart aber wurde der Arbeiter, jeder fünfte zwischen 1990 und 1997. In derselben Zeit stieg das

Geldvermögen der Unternehmer um 2 Billionen! Desto reicher die Gesellschaft - desto ärmer ihre Mitglieder. Das sagte einst Marx. Und er hatte Recht! Die Reichen werden immer reicher - auf unsere Kosten. Doch wir sollen für diese Herrschaften zahlen.



Imperialismus bedeutet Krieg!

Es war keine 60 Jahre her, dass eine deutsche Kriegserklärung sechzig Millionen Menschen zum Tode verurteilt hat. Am 30. Juni 1995 beschließt der Bundestag weltweite Militäreinsätze. Zum dritten Mal versucht der deutsche Imperialismus ein Platz an der Sonne zu bekommen: „nach außen gilt es, etwas zu vollbringen, woran wir zweimal zuvor gescheitert sind ... zu einer Rolle zu finden, die unseren Wünschen und unserem Potential entspricht.“ (Der damalige Außenminister Kinkel, FAZ, 19.3.93) Jetzt darf die Bundeswehr überall in der Welt militärisch eingreifen. Unverhüllt drohte der Ex-Bundespräsident und Ex-Wehrmachtsoffizier Richard von Weizsäcker: „Es wird sich bald zeigen, dass die Welt gar nicht wieder entdecken will, was für gute Soldaten die Deutschen sein können.“ (Die Zeit, 8.2.91)

Die mörderische Konkurrenzgesellschaft im inneren hat in der Außenpolitik ihre Entsprechung: Krieg! Der „robuste Militäreinsatz“ - dem Volke als „Friedenserhaltende Maßnahmen“ verkauft (Wenn die Oberen vom Frieden reden, weiss das gemeine Volk, dass es bald Krieg gibt - B. Brecht). In den Verteidigungspolitischen Richtlinien der Bundeswehr (1992) heisst es im Klartext: „Die deutsche Politik (lässt sich) von vitalen Sicherheitsinteressen leiten (...) Aufrechterhaltung des freien Welthandels und des ungehinderten Zugangs zu Märkten und Rohstoffen in aller Welt. (...) Ein Teil der Streitkräfte muss daher zum Einsatz außerhalb Deutschlands befähigt sein.“ (Handelsblatt, 17.2.92) Folglich wird die BRD auch am Hindukusch „verteidigt“. Es bleibt also dabei: Damit die Aktien steigen müssen die Soldaten fallen. Aber auch im Land wird dann „gespart“ für diese Militärpolitik. Schröder sagte es treffend: „Der Emanzipationsprozess nach außen muss im Inneren durch Reformmaßnahmen, die wirtschaftliche Kraft neu schaffen, ergänzt werden“.

Belogen durch die SED – Betrogen durch die BRD

„Aber der Sozialismus funktioniert doch nicht“, hören wir immer wieder. Millionen sind doch 1989 auf die Straße gegangen, wollten Änderungen, wollten so nicht mehr weiter leben. Richtig! Die DDR war am Ende einer Entwicklung angelangt in der es nach den alten Methoden nicht mehr weiterging. Der Sozialismus ist die erste Phase des Kommunismus, in der der Kampf zwischen Kapitalismus und Kommunismus noch nicht entschieden ist, in der die Entwicklung zu beiden möglich ist. Um eine Entartung des Sozialismus vorzubeugen, muss darüber Klarheit herrschen, wie es dazu kommen kann. Die Kommunistische Partei muss sich von Anfang an bemühen die Werktätigen zur Leitung auf allen Ebenen heranzuziehen, die Staatstätigkeit in der Ausrichtung auf die allseitige Förderung und Entfaltung der Selbsttätigkeit der Gesellschaftsglieder auszurichten. SED-Führer wie Ulbricht, Honecker wollten diesen Weg von Anfang an nicht beschreiten. Sie konnten sich keine Zukunft vorstellen und wollten keine Zukunft, in der nicht alle gesellschaftlichen Entscheidungen in ihren Händen monopolisiert sein sollten. Auf dieser Grundlage war das Verfaulen der DDR gesetzmäßig. Die Lüge war demnach für

die SED-Führer eine Existenzgrundlage. Das Gesellschaftssystem war eine revisionistische Gesellschaftsordnung. Weder war es kapitalistisch, noch sozialistisch. Eine solche Gesellschaftsordnung kann langfristig nicht existieren. Der Revisionismus führt gesetzmäßig zurück in den Kapitalismus. Die einzige Möglichkeit, dies zu verhindern, wäre die erneute Machtergreifung durch das revolutionäre Proletariat. Doch sind die subjektiven Bedingungen für eine proletarische Revolution schlechter als im Kapitalismus: Da der Revisionismus nicht auf dem Wege einer bewaffneten Konterrevolution gesiegt hat, sondern auf dem Wege der allmählichen Entartung des Sozialismus, werden seine Fäulnis- und Zersetzungserscheinungen als Sozialismus aufgefasst. Vielen erscheint daher der Kapitalismus als fortschrittlich. Dieser Übergang („Wende“) bedeutete aber auch, dass die Werktätigen die Reste einiger sozialen Errungenschaften genommen werden: z.B. Kündigungsschutz, geringere Arbeitshetze, gesellschaftliche Einrichtungen wie Mutterschutz, Kinderkrippen usw.

Im Revisionismus herrscht zum ersten Mal in der Geschichte eine Ausbeuter- und Unterdrückerklasse, die aus einer Schicht von Spezialisten für Kopfarbeit hervorgegangen ist. Der Bürokratismus wiederum ist die Wurzel einer neuen Ausbeuterklasse im Sozialismus. Die Werktätigen sind im Sozialismus verantwortlich, aber nur dann, wenn sie die Möglichkeit haben, ihre Eigentümerstellung real auszuüben und von ihrer Vorhutspartei dazu befähigt und herangezogen werden. Andernfalls erscheint ihnen das Produktionsergebnis ihres Betriebes als eine über ihnen stehende Macht. „Ein Land, indem die Werktätigen Angst haben ihre Meinung offen zu sagen ist kein sozialistisches Land“, so der albanische Kommunist Enver Hoxha. Kritik und Selbstkritik sind im Sozialismus unentbehrlich, um Fehler zu vermeiden, zu korrigieren; aber auch um die Werktätigen zu versetzen die Gesellschaft als ihre zu begreifen.

Es gibt im Kapitalismus für uns keine Zukunft. Es ist eine verfaulende, parasitäre Gesellschaft im Niedergang! Erst der Sturz dieses Systems und ein zweiter Anlauf für eine sozialistische und dann kommunistische Gesellschaft wird uns von all den unheilbaren Übeln befreien.

Für eine sozialistische deutsche Räterepublik!

Korrespondenz (oder Glosse?):

Von wegen "geheime Wahlen" und so!

Ich wohne in einer Stadt im Ruhrgebiet. Seit mehr als zwanzig Jahren habe ich passiven Wahlboykott gemacht, doch diesmal hat die Partei dazu aufgefordert, die Wahl aktiv zu boykottieren und mit "ungültig" zu stimmen. Also bin ich hin zu meinem Wahllokal, die Wahlbenachrichtigung und den Ausweis in der Tasche.

Doch den hätte ich gar nicht gebraucht, es hätte auch jemand anderes mit meiner Karte gehen können. Ein freundlicher Herr hinter einem Schreibtisch nahm meine Benachrichtigungskarte entgegen, verglich den darauf angegebenen Namen mit der Namensliste in einem dicken Register und machte dort bei meinem Namen ein Zeichen - also war schon mal dokumentiert, daß ich an der Wahl teilgenommen hatte. Alle diejenigen - und das werden ja erfreulicherweise immer mehr! - die den bürgerlichen Wahlzirkus nicht mitmachen, sondern zuhause bleiben oder ins Grüne fahren, haben dann dieses Zeichen bei ihrem Namen nicht...

Also hier ist schon mal die erste Bresche in die "Geheime Wahl" geschlagen. Doch es kommt noch toller: Nachdem ich "abgehakt" bin, wandert meine Wahlbenachrichtigungskarte auf einen Stapel anderer entsprechender Karten. Da liegt sie nun, ganz oben. Und ganz unten liegt die Karte derjenigen Person, die als erste da war, und dazwischen all die anderen, in schöner Reihenfolge...

Aber wer wird denn gleich Böses denken? Ich gehe hinter den Sichtschutz (schließlich ist die Wahl ja geheim!) - da steht ein Computer-Bildschirm, auf dem ich wählen soll. Tjaha, wir sind hier auf dem neuesten Stand der Technik! Auf dem Bildschirm sind für den ersten Wahlgang all die Kandidaten aufgelistet, die den Wahlkreis direkt gewinnen wollen. Es gibt erfreulicherweise aber auch das Feld "ungültig"! Na, ist ja klar, wo ich gedrückt habe. Danach kommt der zweite Wahlgang mit den Parteien oder Listen, die gern meine Stimme hätte - und ebenfalls "ungültig". So weit, so gut.

Schon nicht mehr ganz so gut fand ich es, daß vor der Sichtblende ein weiterer netter Herr saß, der an einem kleinen Elektrogerät mit noch kleinerem Displayfeld kontrollierte, ob ich auch alles richtig machte oder ob ich z.B. bei beiden Durchgängen auf eine Partei gedrückt hätte statt einmal davon auf einen Direktkandidaten. Was der Herr da auf seinem Gerätschaften sah, weiß ich nicht, aber irgendwie beobachtet kam ich mir schon vor.

Ein Computer registrierte dann, auf welche Felder bei der Wahl getippt wurde, und zählte sie zusammen. Und da hakete es bei mir dann endgültig aus. Von wegen "geheime Wahl"! Jeder, der einen Computer besitzt, weiß, daß es überhaupt kein Problem ist, die einzelnen Eintippungen mit einer Zeitangabe zu verbinden. Dann weiß man genau, welcher Kandidat bzw. welche Partei zuerst angetippt wurde - und die Wahlkarte der betreffenden Person liegt vor der Sichtblende ganz unten!

Also kann man mit dieser Methode für jeden Wahlteilnehmer genau herausbekommen, wen und was er gewählt hat!

Nun, ich bin sicher, heute machen sie das noch nicht, dazu sitzen sie erstens zu sicher im Sattel und zweitens haben bei dieser Wahl nun wirklich keine Kandidaten, keine Parteien oder Listen teilgenommen, die den Kapitalismus und damit die hier Herrschenden auch nur ansatzweise in Frage stellen würden. Aber daß die sich schon darauf vorbereiten, um "im Ernstfall" technisch gerüstet zu sein, das gibt mir doch zu denken. Und ich muß ehrlich sein: ich freue mich sogar darüber! Beweist es doch, daß auch der Bourgeoisie das klar ist, was wir Marxisten immer wieder sagen: die Klassenkämpfe werden sich verschärfen, die Arbeiterklasse wird den Thron der Bourgeoisie ins Wanken bringen und ihn umstürzen. Danke, liebe Bourgeoisie, daß du mir in dieser Hinsicht sozusagen im tiefsten Frieden (ach nein - wir haben ja Arbeiteroffensive!) diese Zuversicht vermittelst!

Übrigens, die Überwachung! Die muß auch noch viel stärker werden. Wie schön, daß es Rucksackbomber gibt - oder haben wir die erfunden, ich blick schon selbst nicht mehr durch... Wie kann man dem Bürger die Überwachung denn sonst noch schmackhaft machen, wenn par tout keiner Bomben schmeißen will? Ach, ich weiß! Taschendiebe! Wer will schon, daß ihm das Portemonnaie geklaut wird? Da ist man doch froh, wenn alles und jeder überwacht und gefilmt wird, dann passiert so etwas nicht. Und dem Feind Arbeitslosigkeit rückt man damit auch auf die Pelle, schließlich müssen ja jede Menge Leute eingestellt werden, um auf die Glotze zu gucken - oder in die Röhre? Die Bezahlung dieser unproduktiven Tätigkeit? Ach was, ein paar Euros werden die Hartz-IV-Leutchen schon noch haben...

Der Papst der Herrschenden...

Wieder einmal hat ein Papst Deutschland heimgesucht. Schon beim Besuch des vorigen Papstes gab es Kritik, Freidenker-Verbände organisierten Veranstaltungen und Karlheinz Deschner hielt z.B. in Felsenkirchen eine gute Rede, die der Partei als Aufzeichnung vorliegt. Auch beim Besuch des derzeitigen Papstes wurden wieder einige Fettnäpfchen getroffen. Aus Gründen der ideologischen Kriegsvorbereitung berichteten die Medien dann ziemlich ausführlich über die für sie unverständliche Empörung in der islamischen Welt über ein vom Papst gebrachtes mittelalterliches Zitat über Mohammed. Dem wird laut Zitat vorgeworfen, seinen Anhängern empfohlen zu haben, den Islam mit Waffengewalt zu verbreiten. Dabei hat es das Christentum gerade nötig, anderen Religionen Brutalität vorzuwerfen - das Christentum ist schließlich die bluttriefendste Großreligion, die es je auf der Erde gegeben hat.

Wir als Kommunisten sind natürlich gegen jede Religion, aber bei der Wahrheit soll man schon bleiben. Schließlich waren es **Kreuzzüge** und keine Halbmondszüge, schließlich wurde in mehreren Kontinenten fast die gesamte Bevölkerung ausgerottet **im Zeichen des Kreuzes**, "mit Bibel und Flinte", wie es in einem Volkslied heißt.

Kaum beachtet und schon gar nicht kritisiert von den Äußerungen des Papstes bei seinem Deutschlandbesuch wurde aber eine andere: die Menschen sollen ihr Schicksal ganz in die Hände Gottes legen und die Frauen sollen sich Maria als Vorbild nehmen. Denn die hatte diese tollen Eigenschaften: sie hat menschliche Not Gottes Macht anvertraut und sie hat uns gelehrt, "nicht unseren Willen und unsere Wünsche Gott gegenüber durchsetzen zu wollen, sondern ihm überlassen, was er tun wird"; von ihr könne man das rechte Beten lernen; in einem Zeitungsartikel hieß es dazu über die Rede des

Papstes: "Am Ende der Ansprache blieb der Applaus verhalten." NA, GOTT SEI DANK! sagen wir als Atheisten dazu.

Das könnte Euch so passen: die Frauen demütig, und auch die Werktätigen mucken nicht mehr auf, sie lösen ihre Probleme durch Beten! Den Herrschenden wird's recht sein, denn dann wird ihre Macht nicht angekratzt.

Ein anderer Pope hat sein Schlußgebet mit den Worten beendet: "Herr, bei all dem Hunger in der Welt danken wir Dir, daß wir genug zu essen haben." Da dreht sich einem der Magen um: Es ist also Gottes Wille, der uns Nahrung gibt. Die Logik ist klar: dann ist es auch Gottes Wille, daß die anderen hungern. Keine Rede davon, daß "wir" - um es verkürzt auszudrücken, - nur deswegen genug zu essen haben, weil "wir" es anderen wegnehmen, und daß die anderen deshalb zu Millionen verhungern!

Wenn es Gottes Wille ist, daß andere hungern, was ist denn dann mit solchen Spendenaktionen wie "Adveniat", "Misereor" usw. - da wird doch für die nach Gottes Willen Hungernden gesammelt. Wird mit den Spenden nicht gegen Gottes Willen verstoßen - ja, seid Ihr denn des Teufels? Na, die Kirche wird mit dem Geld schon was azufangen wissen...

Nein, es rettet uns kein höheres Wesen. **Unser Schicksal müssen wir in unsere eigenen Hände nehmen!**



"Willkommen in Europa!"

17. Februar 1856: zum Tode von **Heinrich Heine**

"Ich habe meine Liebe den Kommunisten geschenkt."

Heinrich Heine ist einer der wichtigsten Dichter des Kampfes gegen den Absolutismus und das Spießertum in Deutschland in der Zeit von Marx. Sein Werk bleibt unsterblich. Seine kämpferischen Verse, geschrieben für die Unterdrückten gegen die Unterdrücker, erklingen auch heute noch in voller Aktualität. Ihre Bedeutung nimmt über die Zeit hinweg zu. Nicht umsonst hat die Bourgeoisie diesen Dichter bekämpft. Für ihn traten besonders die Begründer des wissenschaftlichen Sozialismus, Karl Marx und Friedrich Engels, ein. Die schwere Lage in Deutschland brachte es mit sich, daß sich Heine 1843 in Paris mit Karl Marx traf, mit



dem ihn eine enge Freundschaft verband. Diese Freundschaft war für den Dichter fruchtbar besonders auf dem Gebiet der politisch-satirischen Poesie, durch die er die damals in Deutschland bestehenden faulen Zustände und ihre Urheber und Vertreter brandmarkte, durch die er die über das Volk herrschenden kriecherischen Spießer verspottete.

Heine verfolgte auch aus der Emigration in Frankreich aufmerksam den Lauf der Ereignisse in Deutschland. Im Jahr 1832 schrieb er: "Armes, unglückliches Vaterland. Welche Schande steht dir bevor? Nie ist ein Volk von seinen Machthabern grausamer verhöhnt worden. Wenn die Geistesbildung und die daraus entstandenen Sitten und Bedürfnisse eines Volkes nicht mehr im Einklange sind mit den alten Staatsinstitutionen, so tritt es mit diesen in einen Notkampf, der die Umgestaltung derselben zur Folge hat und eine Revolution genannt wird. Ich habe das immer gesagt, und man hat dann meine Bücher verboten

und konfisziert."

Der Dichter gewann die Überzeugung, daß nicht die Individuen, sondern die Völker, die Massen die Helden der neuen Zeit sind. Dies bestätigt sich darin, so Heine, "daß Tausende und Abertausende Menschen, die uns nicht bekannt sind, bereit sind, auch ihr Leben für die heilige Sache der Menschheit zu opfern."

Nach 13 Jahren der Abwesenheit fährt der Dichter auf einige Tage nach Hamburg zurück. Diese Reise gibt ihm den Stoff für sein wichtigstes politisches Gedicht: "Deutschland, ein Wintermärchen", wobei Marx einen maßgeblichen Einfluß ausübte. Dieser

Einfluß brachte den Dichter zu der Einsicht, daß die in Deutschland herrschende Ordnung eine Ausbeuterordnung war und durch ein System der Freiheit ersetzt werden mußte. Das drückte er in seinem klaren politischen Gedicht durch seinen fortschrittlichen Geist aus. Der Dichter beharrt fest in der Auffassung, daß die in Deutschland herrschende Reaktion auf jede Art und Weise bekämpft werden muß. Nach der Veröffentlichung seines Gedichtes "Deutschland, ein Wintermärchen" entfesselte Preußen einen wahren Krieg gegen dieses Gedicht. Der preußische Gesandte forderte in Verhandlungen und durch diplomatische Noten, dieses Gedicht in allen deutschen Gebieten sofort zu beschlagnahmen. Die Regierung erneuerte von Jahr zu Jahr die Anordnung, den Dichter zu verhaften. Doch er ließ sich durch den Krieg, den man gegen ihn führte, nicht einschüchtern. Er blieb der revolutionäre Dichter, der er war.

Kein Dichter wurde von der Bourgeoisie zu dieser Zeit so bekämpft wie Heine. Doch Heine fand in der

sozialistischen Arbeiterbewegung wahre Verteidiger, seine Verteidiger waren Marx und Engels. Das stärkte seine Energien, festigte seine Vaterlandsliebe, seinen Patriotismus. Dieser Patriotismus drückte sich in seinem entschlossenen und unbeugsamen Kampf gegen die elende Lage aus, die zu der Zeit in Deutschland herrschte. Am 13. Dezember 1844 schrieb Engels in einem Artikel in der "New Moral World" unter anderem über den Dichter: "... Heinrich Heine, der hervorragendste unter allen lebenden deutschen Dichtern, (hat sich) uns angeschlossen und hat einen Band politischer Lyrik veröffentlicht, der auch einige Gedichte enthält, die den Sozialismus verkünden. Er ist der Verfasser des berühmten Liedes "Die schlesischen Weber ..." (Marx Engels Werke, Bd. 2, S. 512)

Dieses Gedicht hat Engels selbst als ein Lied der Revolution übersetzt.

Zum ersten Mal in der deutschen Dichtung wird in Heines Gedicht "Die schlesischen Weber" der Ruhm der kämpferischen Arbeiterklasse als des Totengräbers des alten Systems in Deutschland besungen. In kämpferischem Geist zeichnet er die Weber von Schlesien im Jahr 1844. Hier einige Verse aus diesem Gedicht:

**“Im düstern Auge keine Träne,
Sie sitzen am Webstuhl und fletschen die Zähne:
Deutschland, wir weben dein Leichentuch,
Wir weben hinein den dreifachen Fluch –
Wir weben, wir weben!”**

Heine war sich des politischen und revolutionären Charakters seiner Gedichte bewußt. Bewußt kämpfte er für den Kommunismus. In einem Brief an Marx schrieb er: "Der Kommunismus drückt meine Interessen aus."

Der Dichter kämpfte gegen die Ungerechtigkeit und besonders gegen diejenigen, die sich fortschrittlich gaben, in Wahrheit aber der Bourgeoisie dienten. Er äußerte sich stolz: "Ich habe meine Liebe den Kommunisten geschenkt. " Er verstand die historische Bedeutung des wissenschaftlichen Kommunismus und trug in sich die Zuversicht auf den unausbleiblichen Sieg des Kommunismus. In seinen besten Werken spricht er von einer neuen gesellschaftlichen Ordnung.

"Der Kommunismus," schreibt Heine, **"ist eine natürliche Folge dieser veränderten Weltanschauung, und er verbreitet sich über ganz Deutschland. Es ist eine ebenso natürliche Erscheinung, daß die Proletarier in ihrem**

Ankampf gegen das Bestehende, die fortgeschrittensten Geister, die Philosophen der großen Schule als Führer besitzen. Diese gehen über zur Tat, dem letzten Zweck alles Denkens und formulieren das Programm."

Mit seiner machtvollen dichterischen Kunst leistet Heine seinen Beitrag als Kämpfer für eine bessere Zukunft der Menschheit. Er ist ein politischer Kämpfer der Revolution. Sein reiches Schaffen mit tiefgründigem politischen Inhalt, sein klangvolles poetisches Wort, sein Optimismus in die Zukunft zeigen ein weiteres Mal, welche Kraft die Literatur und Kunst haben, wenn sie sich mit den fortschrittlichen, mit den kommunistischen Idealen verbinden.

Eben weil er ein geschworener Feind, ein Todfeind der Bourgeoisie war, befanden sich auch die Bücher von Heinrich Heine unter den Büchern der kommunistischen und fortschrittlichen Autoren, die am 10. Mai 1933 von den Nazis in Berlin verbrannt wurden. Auf diese Weise hat die deutsche Bourgeoisie versucht, im Verborgenen über den großen Dichter das Urteil zu sprechen. Doch die Bourgeoisie war und wird immer machtlos sein gegenüber der großen dichterischen Kunst Heines, dessen Ruhm und dessen Andenken in den Herzen der Völker und der fortschrittlichen Menschen weiterlebt! Er bleibt einer der Großen der Weltichtung, der mit seiner machtvollen Kunst für die fortschrittlichen und revolutionären Ideale, für das Wohl der Ausgebeuteten und Unterdrückten gekämpft hat.

Heine und Marx

Karl Marx kam im Spätherbst 1843 als politischer Flüchtling nach Paris. Heinrich Heine, seit langem in Paris ansässig,

hatte zu dieser Zeit eine Reise nach Hamburg unternommen, um seine Angehörigen zu besuchen. Wieder nach Paris zurückgekehrt lernte Heine Marx kennen. Beide schlossen Freundschaft. Marx war etwa zwanzig Jahre jünger als Heine, aber ungeachtet dieses Altersunterschiedes war Heine gern bereit, von Marx zu lernen.

Franz Mehring schrieb in seiner Marx-Biographie über Heine: "Was ihn mit Marx verband war der Geist der deutschen Philosophie und des französischen Sozialismus, war die gründliche Abneigung gegen die christlich-germanische Bärenhäuterei, das falsche Teutonentum, das mit seinen radikalen Schlagworten das Kostüm

altdeutscher Narrheit ein wenig modernisierte." Unter dem Einfluß von Marx begann Heine, politische Gedichte zu schreiben "Meine Gedichte werden eine höhere Politik atmen", schrieb er an seinen Verleger Campe.

Heine veröffentlichte in der deutschen Emigrantenzeitung "Vorwärts" und in den von Marx und Ruge herausgegebenen "Deutsch-Französischen Jahrbüchern" Gedichte wie "Lobgesänge auf König Ludwig" und "Der Kaiser von China", grimmige Satiren auf die deutschen Potentaten. Auch erschien damals sein aufrüttelndes Gedicht "Die schlesischen Weber".

Heine begann mit der Arbeit an seinem Poem "Deutschland, Ein Wintermärchen", in dem er Eindrücke seiner Deutschlandreise verarbeitete. Oft besuchte er Marx und dessen Frau Jenny.

Eleanor Marx-Aveling, ihre Tochter, erinnerte sich oft an Erzählungen ihrer Eltern über Heine. Sie schrieb: "Es gab eine Zeit, da Heine tagaus, tagein bei Marxens vorsprach, um ihnen seine Verse vorzulesen und das Urteil der beiden jungen Leute einzuholen. Ein Gedichtchen von vier Zeilen konnten Heine und Marx zusammen unzählige Male durchgehen, beständig über das eine oder andere Wort diskutierend und solange arbeitend und feilend, bis alles glatt und jede Spur von Arbeit und Feile aus dem Gedicht beseitigt war."

Heine reiste im Herbst 1844 wieder nach Hamburg. Von dort schrieb er am 21. September einen Brief an Marx, in welchem es heißt: "Lieber Marx! Ich leide wieder an meinem fatalen Augenübel und nur mit Mühe kritzele ich Ihnen diese Zeilen. Indessen, was ich Ihnen Wichtiges zu sagen, kann ich Ihnen Anfang nächsten Monats mündlich sagen, denn ich bereite mich zur Abreise, beängstigt durch einen Wink von oben, meine Beine haben kein Talent, eiserne Ringe zu tragen. Leben Sie wohl, teurer Freund und entschuldigen Sie mein verworrenes Gekritzel. Ich kann nicht überlesen, was ich geschrieben, aber wir brauchen ja nur wenig, um uns zu verstehen. Herzinnigst H. Heine."

Im gleichen Brief teilte Heine Marx mit, daß er das "Wintermärchen" vollende und ihm die Druckbogen zusenden werde. Der Zusammenarbeit von Marx und Heine wurde aber bald ein Ende bereitet. Im Januar 1845 wurde der "Vorwärts" auf Betreiben der preußischen Regierung von den französischen Behörden verboten, Marx und andere Mitarbeiter aus Frankreich ausgewiesen.

Als Marx nach Brüssel ins Exil ging, schrieb er: "Von allem, was ich an Menschen zurücklasse, ist

mir die Heinesche Hinterlassenschaft am angenehmsten. Ich möchte sie gern mit einpacken."

„Die deutschen Zensoren
.....
.....
.....
.....Dummköpfe“

Heine: La Grand, 12. Kapitel

**“Ich kenne die Weisen, ich kenne
den Text,
Ich kenn auch die Herren Verfasser
Ich weiß, sie tranken heimlich
Wein
und predigten öffentlich
Wasser.”**

*Erinnerungen aus Krähwinkels
Schreckenstagen
(Gedichte 1853 und 1854)*

**Wir, Bürgermeister und Senat,
Wir haben folgendes Mandat
Stadtväterlichst an alle Klassen
Der treuen Bürgerschaft erlassen.
"Ausländer, Fremde, sind es meist,
Die unter uns gesät den Geist
Der Rebellion. Dergleichen Sünder,
Gottlob! sind selten Landeskinder.
Auch Gottesleugner sind es meist;
Wer sich von seinem Gotte reißt,
Wird endlich auch abtrünnig werden
Von seinen irdischen Behörden.
Der Obrigkeit gehorchen, ist
Die erste Pflicht für Jud' und Christ.
Es schließe jeder seine Bude,
Sobald es dunkelt, Christ und Jude.
Wo ihrer drei beisammenstehn,
Da soll man auseinandergehn.
Des Nachts soll niemand auf den Gassen
Sich ohne Leuchte sehen lassen.
Es liefre seine Waffen aus.”**



Aufruf Revolutionäres Bündnis gegen den G8

Gegen das G8 Treffen 2007 in Heiligendamm!

Im Frühjahr 2007 treffen sich die Staatschefs Deutschlands, Italiens, Frankreichs, Russlands, Großbritanniens, Japans, Kanadas und der USA zum sog. G8-Gipfel in Heiligendamm in Mecklenburg-Vorpommern. Gut geschützt von Polizei und Militär wollen sie dort medienwirksam Geschlossenheit demonstrieren, sich als die legitime Führung der "zivilisierten Welt" präsentieren und die Durchsetzung ihrer gemeinsamen Interessen organisieren. Entgegen ihrer tatsächlichen Politik werden sie wieder Engagement gegen den Welthunger, gegen Krankheiten, Armut und den Terrorismus heucheln.

Wie auch bei den vergangenen Gipfeltreffen werden Zehntausende gegen das Treffen protestieren und versuchen die tatsächliche Bedeutung des G8-Gipfels aufzuzeigen.

G8 - Friede, Freiheit, Demokratie?

Das Treffen der G8 findet in einer Situation statt, in der sich die Widersprüche in der BRD, wie auch in den anderen G8-Staaten zuspitzen. Immer weitreichendere Angriffe auf die Lebenssituation der Lohnabhängigen in Form von Gesetzesverschärfungen sowie Kürzungen und Einschnitten am Arbeitsplatz, im Sozialsystem und bei der Rente gehören zunehmend zum Alltag. Immer mehr Menschen werden in Arbeitslosigkeit, in prekäre Arbeitsverhältnisse oder in Billig-Jobs gezwungen. Millionen leben daher inzwischen unter der Armutsgrenze - selbst Vollzeitbeschäftigung sichert nicht mehr unbedingt den einstigen hohen Lebensstandard. Gleichzeitig führt die Privatisierung öffentlicher Leistungen zu einer deutlichen Verschlechterung sowohl für die in diesem Bereich Beschäftigten, als auch für die restliche Bevölkerung, die für immer höhere Preise immer weniger erhält. Stetig steigende Kosten für Miete, Heizung, Wasser und Strom, sowie der Wegfall vieler vorher garantierter Leistungen im Gesundheits- und im Bildungssektor sind die konkreten Folgen. Von dieser Entwicklung besonders betroffen sind Frauen, die nach wie vor in vielen Bereichen schlechter gestellt sind und für die viele der Einschnitte besonders weitreichende Folgen

haben. Dass durch die gesetzlichen Bestimmungen bei den Hartzgesetzen viele Frauen aufgrund der Anrechnung des Einkommens des Lebenspartners keinerlei Leistungen mehr bekommen ist nur eines unter vielen Beispielen. Auch viele MigrantInnen sind als Teil der unteren Schichten noch massiver von den Entwicklungen betroffen und dort wo sie für das Kapital nicht mehr als verwertbar gelten von massiver staatlicher Diskriminierung und Abschiebung bedroht. Obendrein müssen sie als Sündenböcke sich verschärfenden Situation herhalten und sind so auch gesellschaftlichen Vorurteilen, Ausgrenzungen und Angriffen ausgesetzt. Letztlich ist für die aktuelle Verschärfung aber kennzeichnend, dass sie eben nicht mehr nur die marginalisierten gesellschaftlichen Gruppen trifft, sondern nach und nach den absoluten Großteil der Bevölkerung. Gegen diese Angriffe im bisherigen "ruhigen Hinterland" des Kapitals regt sich folglich zunehmend Protest und Widerstand in Form von Großdemonstrationen und Streiks.

Die Offensive des Kapitals findet aber nicht nur auf nationaler Ebene statt, sondern erfasst die Menschen in allen Teilen der Welt. Ob mit Kriegen, wirtschaftlichen Sanktionen oder durch die Installierung von ihnen getreuen Regimes bzw. deren logistische und militärische Unterstützung, die imperialistischen Staaten setzen seit jeher jedes Mitteln ein, um ihre Interessen weltweit durchzusetzen. So sind die G8-Staaten derzeit entweder direkt an imperialistischen Kriegen beteiligt, rüsten auf um die nächsten Kriege vorzubereiten, beteiligen sich mit Waffenlieferungen an kriegerischen Auseinandersetzungen oder unterstützen verschiedene Kriegsparteien. Eine bittere Ironie ist es dabei, dass sie aktuell z.B. mit Afghanistan, dem Irak und dem Iran auch gegen Länder Kriege führen bzw. diese planen, deren brutale Regimes sie einst selbst installiert und unterstützt haben - solange sie davon profitierten. Die Leidtragenden sind in jedem Fall der Großteil der Bevölkerung.

Auch mit Hilfe verschiedener Institutionen wie

IWF, Weltbank oder der WTO, mit Handelsabkommen wie GATS oder direkt über Einflussnahmen auf die Regimes in verschiedenen Ländern, sichern sie sich den weltweiten Zugang zu billigen Rohstoffen und Arbeitskräften - auf Kosten der Bevölkerung in den betroffenen Ländern. Millionen Menschen werden so von Osteuropa über Asien bis Afrika einer brutalen Ausbeutung in Billiglohnfabriken ausgesetzt bzw. ihre Lebensgrundlagen durch den Raub dort vorhandener Rohstoffe zerstört. Die Staudammprojekte in Indien, die dort in manchen Regionen zu verheerender Armut und großen Flüchtlingsströmen führen oder die Strukturanpassungsprogramme die in Argentinien eine Welle der Verarmung ausgelöst haben, sind hier nur zwei von unzähligen Beispielen weltweit, die die direkten Folgen der Politik von IWF und Weltbank aufzeigen.

Der Widerstand der Betroffenen, ob gegen die militärischen Angriffe, gegen die unmenschlichen Arbeitsbedingen oder den Raub der natürlichen Ressourcen, wird entweder direkt durch die Handlanger der Großunternehmen oder durch die von ihnen finanzierten und ausgerüsteten Regimes und ihren Staatsapparat mit Polizei, Geheimdiensten und Militär unterdrückt.

Dieses Agieren des Kapitals bzw. seiner Vertreter findet vor dem Hintergrund verschärfter Konkurrenz zwischen den Großunternehmen und der einzelnen Standorte statt, sowie zunehmenden Schwierigkeiten weiter steigende Profite zu realisieren. Um diese Krise zu lösen, wird nun eben versucht die Ausbeutung zu intensivieren, die Ausgaben in sozialen Bereichen zu senken, alle gesellschaftlichen Bereiche nach den Verwertungsinteressen umzugestalten und sich weltweit Märkte zu sichern - mit deren weitgehenden Aufteilung eben zunehmend auch in Konkurrenz zueinander.

Der G8-Gipfel wurde daher ins Leben gerufen, um die innerimperialistischen Widersprüche, konkret z.B. den Zollstreit EU/USA oder die Währungskonkurrenz Euro/Dollar zu entschärfen und gegebenenfalls ihre jeweiligen Einflusszonen abzustecken. Gleichzeitig dient er dazu, Ausbeutungsstrategien gemeinsam zu entwickeln und durchzusetzen sowie diese propagandistisch als "notwendig" oder gar als "im Interesse aller" zu verklären.

Wer nicht kämpft, hat schon verloren!

Es gibt mehr als genug gute Gründe, den G8-Gipfel zum Anlass zu nehmen, um gegen die Politik der herrschenden Klasse, deren weltweit mächtigsten politischen Vertreter sich dort treffen zu demonstrieren und auf unterschiedliche Art Protest und Widerstand gegen das Treffen auf die Strasse zu tragen. Die Mobilisierung muss von denjenigen geführt werden, die hier von Sozialabbau und Hartz-Gesetzen, Privatisierung, Lohnkürzungen, Arbeitszeitverlängerungen, rassistischer Diskriminierung oder patriarchaler Unterdrückung betroffen sind und daher ein Interesse haben, daran etwas zu ändern. Sie muss aber auch den fortschrittlichen und revolutionären Bewegungen in allen Teilen der Welt eine Plattform bieten, damit sie ihren Kampf gegen die kapitalistische Verwertung und Verelendung großer Bevölkerungsteile in den betroffenen Ländern, gegen die imperialistische Ausplünderung ihrer nationalen Ressourcen, gegen Vertreibung, Besatzung und Krieg, gegen die Angriffe der Oligarchie, auch in den kapitalistischen Metropolen darstellen und propagieren können. Der Austausch mit den Befreiungsbewegungen und deren langjährigen Erfahrungen hat daher auch die Bedeutung, Strategien gegen den gemeinsamen imperialistischen Feind zu entwickeln. Der Widerstand gegen die kapitalistische Offensive hier muss sich auf die verschiedenen fortschrittlichen und revolutionären Bewegungen weltweit solidarisch beziehen, um gemeinsame Aktionen zu koordinieren und eine gemeinsame Perspektive zu entwickeln.

Vom Widerstand zur Perspektive!

Der Protest und Widerstand darf sich jedoch nicht nur auf die Erscheinungen der Politik der führenden kapitalistischen Staaten beschränken. Wer die Verhältnisse wirklich ändern will muss sie analysieren und begreifen.

Die Grundlagen der Politik der G8-Staaten im konkreten, sind die Grundlagen des kapitalistischen Systems im Allgemeinen. Auf der Basis eines Systems, das darauf beruht, dass eine Minderheit die Produktionsmittel und damit die gesellschaftliche Macht besitzt, das auf Verwertung und Konkurrenz aufbaut, in dem Menschenrechte und der Erhalt der Natur nur eine Bedeutung haben, wenn sie nicht den Profitinteressen im Wege stehen, kann es keine wirklichen emanzipatorischen

Veränderungen geben. Alle Appelle an die Profiteure und Verwalter dieses Systems, nach einer sozialeren Gestaltung desselben und nach wenigstens minimalen Zugeständnissen haben sich als aussichtslos erwiesen - und tun dies mit der aktuellen Zuspitzung der Situation umso mehr.

Konkret wird aber gerade in der aktuellen Entwicklung auch wieder deutlich, dass das kapitalistische System mit seiner Ausbeutung und Unterdrückung immer auch die Option für seine Überwindung mitproduziert: Die kapitalistischen Sachzwänge und die vermeintliche Schwäche der Ausgebeuteten führen dazu, dass der Klassenkampf von oben immer mehr auch in den kapitalistischen Metropolen verschärft wird und sich damit für die Betroffenen die Frage nach tatsächlichen Alternativen aufwerfen muss. Die reformerischen und auf Klassenkompromisse ausgerichteten Ansätze von Sozialdemokratie und Gewerkschaftsspitze laufen in dieser Situation offensichtlich zunehmend ins Leere oder sie positionieren sich direkt auf Seiten des Kapitals und verlieren dadurch ihre integrative Rolle. Genau durch diese Entwicklung entsteht wieder die Möglichkeit einer tatsächlichen Umgestaltung der Verhältnisse, hin zu einer befreiten Gesellschaft. Die Anfänge erneuter massenhafter Protestbewegungen, Streiks und Ansätze verschiedener Organisationen sind die ersten Anzeichen dafür, dass die Zeiten in welchen gerade innerhalb der G8-Staaten der Burgfrieden herrschte und die Widersprüche nach außen verlagert wurden zu Ende gehen. Neben den Konfliktherden in verschiedenen Teilen der Welt, den auf jahrzehntelanger Erfahrung aufbauenden revolutionären Bewegungen und Organisationen, von Nepal über Indien, Kolumbien und den Philippinen bis Mexiko, sieht sich das Kapital auch in den Metropolen tendenziell wieder einer objektiv prekären Situation ausgesetzt. Die präventive innere Aufrüstung und das wieder stärker werdende Vorgehen gegen soziale Proteste, mal durch die Hetze in den bürgerlichen Medien, mal durch (vermeintliche) Integrationsangebote, mal durch brutale Polizeieinsätze, zeigen bereits auf, wie dieses Problem gelöst werden soll.

Die Folgen der, verhältnismäßig noch sehr kleinen Streiks in der Automobilindustrie, an Flughäfen oder im Öffentlichen Dienst, lassen

allerdings zumindest erahnen welche Macht die Klasse der Lohnabhängigen besitzt und welche Auswirkungen noch größere und besser organisierte Arbeitskämpfe oder gar ein Generalstreik entfalten können. Auch die Kämpfe in anderen Teilen der Welt, etwa die massenhaften Proteste in Frankreich gegen die Angriffe auf den Kündigungsschutz, die Fabrikbesetzungen in Argentinien, die militanten und politischen Generalstreiks in Nepal oder die unzähligen anderen Arbeitskämpfe zeigen auf, welche Kampfformen als Antwort auf die Angriffe des Kapitals folgen müssen.

Die Entwicklung und die konkreten Konflikte zeigen dabei aber die Notwendigkeit auf, die vereinzelt Proteste, Widerstands- und Arbeitskämpfe wieder auf einen politischen Nenner zu bringen: das kapitalistische System als Ursache der Entwicklung zu erkennen und nach dessen Überwindung streben. Dass die Revolutionären Kräfte nach vielen Fehlern und Niederlagen gerade in der BRD so schwach sind wie kaum jemals zuvor, dass sie aktuell keine tatsächliche politische Kraft darstellen und kaum in der Lage sind in die aktuellen Kämpfe einzugreifen, macht diese Notwendigkeit nur umso dringlicher. Nicht zuletzt auch deswegen, weil mit der Zuspitzung der Situation auch die Gefahr einer reaktionären Mobilmachung und einem Erstarken der faschistischen Kräfte einhergeht.

Anlässe wie der G8-Gipfel können dabei ein Anlass sein, um sich zusammenzuschließen, Diskussionen zu führen und Erfahrungen zu sammeln. Sie können genutzt werden um die Kritik an den herrschenden Verhältnissen und die Notwendigkeit einer revolutionären Umgestaltung der Verhältnisse zu vermitteln sowie die vorhandenen Strukturen zusammenzuführen und damit zu stärken. Entscheidend ist jedoch, was sich daraus entwickelt. Nur mit einem kontinuierlichen Aufbauprozess der Revolutionären Kräfte auf verschiedenen Ebenen, der Entwicklung einer fundierten Theorie und Praxis, kann der Kapitalismus tatsächlich überwunden und eine befreite Gesellschaftsordnung verwirklicht werden. Die unmittelbaren temporären Proteste und Bewegungen müssen letztlich als Antrieb für eine verbindliche Organisation genutzt und aus dem Widerstand eine Perspektive entwickelt

werden.

Beteiligt euch am Revolutionären Bündnis gegen den G8 Gipfel!

Wir wollen die Mobilisierung gegen die G8 in der Situation einer aktuellen Zuspitzung der Widersprüche nutzen, um den Abwehrkampf gegen den laufenden Angriff im Inneren wie auf globaler Ebene mit dem Kampf für eine befreite Gesellschaftsordnung zu verbinden. Die Mobilisierung hat für uns also nicht nur die Bedeutung revolutionäre Theorie und Praxis sichtbar werden zu lassen und zu vermitteln, sondern auch einen gemeinsamen Aufbau-Prozess zu initiieren.

Wir gehen davon aus, dass der G8 Gipfel gerade in der aktuellen Situation eine wichtige Gelegenheit für die revolutionäre, klassenkämpferische und internationalistische Linke bietet. Eine erfolgreiche Mobilisierung könnte den Startpunkt für eine tendenziell wieder stärker werdende Revolutionäre Bewegung und Organisierung in der BRD darstellen.

Dazu ist es unserer Meinung nach notwendig, auf der Basis grundlegender Positionen und klarer Forderungen zu agieren, die sich gegen die zentralen Angriffspunkte des Kapitals richten:

> Widerstand gegen den Generalangriff des Kapitals im Inneren! Für den Klassenkampf in Betrieb, Schulen und Universitäten, gegen Sozialabbau, Arbeitszeitverlängerungen, Lohn- und Rentenkürzungen!

> Nein zu imperialistischem Krieg und Besatzung! Kein Krieg gegen den Iran! Sofortiger Abzug der Besatzungstruppen aus Irak, Afghanistan und Palästina! Nein zum Plan Colombia - Nein zum Plan Patriota!

> Solidarität mit den Revolutionären und Emanzipatorischen Kräften und ihrem Kampf gegen Imperialismus, patriarchale Unterdrückung und religiösen Fundamentalismus!

> Kampf jeglichen reaktionären und menschenverachtenden Positionen! Kampf gegen Rassismus, Patriarchat und Antisemitismus!

> Nein zu IWF, Weltbank, WTO und GATS! Streichung aller Schulden der Länder des Trikonts bei den imperialistischen Staaten und ihren Institutionen!

> Nein zu einer imperialistischen EU! Keine Europäische Armee und Battlegroups! Nein zur Agenda von Lissabon, den Bolkestein-Richtlinien, der weiteren Flexibilisierung von

Dienstleistungen und Arbeitsbedingungen!

> Nein zu Rassismus und nationaler Unterdrückung! Nein zur Festung Europa! Für offene Grenzen! Gegen alle Einreise- und Aufenthaltsbeschränkungen! Gleiche Rechte für alle!

> Gegen die zerstörerische Ausbeutung von Natur und Umwelt!

Um diese Grundpositionen, Inhalte und Forderungen wollen wir unser Bündnis aufbauen, gegen den G8-Gipfel mobilisieren und eine konstruktive Zusammenarbeit mit allen Bündnissen, Organisationen der Linken und gewerkschaftlichen Basisgruppen entwickeln. Wir begreifen uns also nicht als Gegenpart zu anderen Zusammenschlüssen wie dem DISSENT-Netzwerk oder dem von der Interventionistischen Linken angestrebten Bündnis. Ein eigenständiges Revolutionäres Bündnis ist für uns kein Ausdruck von Sektierertum und radikalistischen Abgrenzungen, sondern hat die Entwicklung einer eigenen konstruktiven Theorie und Praxis zum Ziel.

Impressum:

ROTER STERN

Zentralorgan der KPD/ML

* * *

Herausgeber:

ZK der KPD/ML (v.i.S.d.P.)

* * *

Redaktion und Vertrieb

und

Kontakt zur Partei:

**Postfach 35 11 02
39034 Magdeburg**

www.kpd-ml.net

und

kpd-ml@arcor.de

* * *

Eigendruck im Selbstverlag

Terror- und Folterstaat Türkei

Verhaftungswelle und Plünderungen gegen demokratische Oppositionelle

Schon seit Jahrzehnten ist die Türkei ein Folterstaat, in dem die Menschenrechte mit Füßen getreten werden. Völkermord an nationalen Minderheiten wie den Armeniern und den Kurden, Verfolgung von religiös und politisch anders denkenden Menschen gehören nicht erst seit Atatürk zum Alltag. Die Kerker sind voll von Märtyrern, die Zahl der von Regierungsknechten Ermordeten und "Verschwundenen" geht in die Tausende. Die Regierung der Bundesrepublik - gleichgültig, von welchen rot-gelb-grün-schwarzen Vertretern sie besteht - schweigt nicht nur seit eh und je dazu, sondern unterstützt diesen faschistischen Terror auch noch durch Geld, durch Waffenlieferungen und Ausbildung von Polizei und Militär. Sie jault höchstens kurz auf, wenn vom Bannstrahl eine bekannte intellektuelle Person getroffen wird. In der Massakrierung von Arbeitern und Bauern sieht sie keinen Verstoß gegen die Menschenrechte.

Die Türkei, schon seit langem NATO-Staat - will nun auch in die EU. Da muß aber der Schein gewahrt werden... Durch den Kampf gegen den "Terrorismus" will sie sich da den europäischen Imperialisten anbieten.

Ab Anfang September läuft wieder eine verstärkte Terrorkampagne der türkischen Faschisten gegen linke und kommunistische Menschen, Organisationen und Institutionen - da das keinen bürgerlichen Oppositionellen betrifft, schweigen sämtliche Münteferkels dazu.

Für diesen Angriff wurde das sog. "Antiterrorgesetz" herangezogen, Vorwand war eine Akte, die "mit einer Geheimhaltungsfrist von 6 Monaten belegt ist". Bereits am ersten Tag wurden 118 Oppositionelle festgenommen, denen man Kontakt zur Marxistisch-leninistischen Kommunistischen Parte (MLKP) vorwirft. Mehr als 50 Einrichtungen und Wohnungen in mehr als 20 Städten in der Türkei und in Nordkurdistan wurden überfallen und ausgeraubt. Gestohlen wurden dabei zahlreiche Computer, Bücher, Zeitschriften, Zeitungsarchive, zahlloses Bildmaterial usw.

Opfer des Staatsterrors wurden auch Menschen, die gegen den Gesetzentwurf für die Verschickung türkischer Truppen in den Libanon protestierten bzw. gegen das faschistische Bombenmassaker in

Diyarbakir. Da als Grundlage für die Festnahmen das "Antiterrorgesetz" gilt, wurden den Opfern des Staatsterrors nicht gegattet, Kontakt zu Familienangehörigen und Anwälten aufzunehmen. Die Verhaftungswelle richtete sich auch gegen Menschen, die als Besucher oder als Sympathisanten zu Gerichtsprozessen gegen die Verhafteten kamen oder die sich an Protestkundgebungen beteiligten. Viele von ihnen wurden ab dem 26. September aus der Untersuchungshaft in Istanbul bzw. Ankara dem Untersuchungsrichter vorgeführt und verurteilt. Einige von ihnen sitzen bei der sog. Antiterrorabteilung in der Vatanstraße in Istanbul ein.

Die türkische Zeitung Atilim, die über die Verhaftungswelle berichtete, wurde zunächst für 2 Wochen verboten.

Die KOORDINATION DES ANTIIMPERIALISTISCHEN KAMPFES MITTLERER OSTEN erklärt dazu:

"Wir... erklären, daß der türkische Staat mit dieser seiner Aggression die antiimperialistischen und revolutionären Kämpfe nicht aufhalten kann, die Revolutionäre nicht zum Aufgeben bewegen wird und der Widerstand und Kampf unserer Völker gegen die volksfeindlichen Massaker und gegen den gegen die Revolutionäre angewendeten Staatsterror diese Angriffe ins Leere laufen lassen wird. Wir rufen alle fortschrittlichen, revolutionären und antiimperialistischen Kräfte dazu auf, gegen dieses Vorgehen des türkischen Staates zu protestieren und sich mit den inhaftierten Revolutionären zu solidarisieren."



Kommentar zu der Parole

“Kein Blut für Öl!”

Diese Forderung wird seit fast zwanzig Jahren von vielen friedliebenden, antiimperialistischen und kommunistischen Menschen in allen Ländern der Welt aufgestellt. Auch die KPD/ML unterstützt diese Forderung, weil sie richtig ist, und wir werden das auch weiterhin tun. Doch trifft sie unseres Erachtens unseren Gegner, den US-Imperialismus und seine Gefolgschaft, nur in der Flanke und nicht voll.

Bei ihrem gegenwärtigen Krieg gegen die Menschen im Nahen und Mittleren Osten geht es den Imperialisten natürlich auch (!) um Erdöl, doch ist dies nur ein kleiner Teil der einen Seite ihrer

imperialistischen Interessen. Die von den Imperialisten beherrschten Länder sind auf zweierlei Weise Opfer: zum einen werden ihre Rohstoffe geplündert (das wäre dann z.B. das Erdöl), aber zum anderen **dienen sie den Imperialisten auch als Absatzmärkte für ihre Produkte** - und dieser Aspekt wird von der Parole “Kein Blut für Öl” nicht erfaßt.

Mit dem Machtantritt von Ronald Reagan verkündeten die USA die “neue Weltordnung”. Es gibt US-Politiker, die ganz ungeschminkt ausplaudern, was damit gemeint ist. Das Ziel dieser Politik ist kein “Kampf gegen den Bolschewismus” oder - wie es jetzt heißt - gegen den “Terrorismus”, das Ziel ist die US-amerikanische Herrschaft über die ganze Welt, und zwar auf jedem Gebiet, ökonomisch, militärisch, politisch, kulturell usw. Das kann man offiziell natürlich nicht so verkünden - offiziell ist dann von “demokratischen Verhältnissen” die Rede, die in verschiedenen Ländern angeblich herbeigeführt werden sollen. Der amerikanische Protestsänger Phil Ochs hat das vor vielen Jahren in einem seiner Lieder so formuliert: “Like it or not - you’ll have to be free!” (frei übersetzt: Ob’s Dir nun paßt oder nicht - Du hast gefälligst frei zu sein!)

Was unter dieser Demokratie zu verstehen ist,

wird wieder kaum verhohlen ausgeplaudert: “Demokratie ist es, wenn Menschen frei wählen können zwischen Coca Cola und Pepsi Cola!”

Der Traum von der Weltherrschaft ist noch nicht in Erfüllung gegangen. Derzeit leben auf unserer Erde etwas mehr als 6 Milliarden Menschen. Davon leben mehr als eine Milliarde in China, etwa 1,5 Milliarden im Nahen und Mittleren

Osten - hinzu kommen die Menschen in Nordkorea, Kuba, Venezuela, Bolivien usw. - das sind etwa 3 Milliarden Menschen, die alle etwas gemeinsam haben: **sie sind nicht der Herrschaft des US - Dollars**



unterworfen. Es fällt sicherlich auf, daß alle eben genannten Länder zu denen gehören, die von George W. Bush als “Achse des Bösen” u.ä. bezeichnet werden. Das “Böse” an ihnen ist nicht tatsächlich oder angeblich fehlende Demokratie, sondern die Tatsache, daß sie nicht dem US-Dollar unterworfen sind.

Das Bestreben der US-Imperialisten geht nicht in erster Linie um die Herrschaft über Erdölquellen und auch nicht um die Besetzung strategisch wichtiger Militärpositionen, sondern das Bestreben geht dahin, die **ganze Welt ihrem Markt zu unterwerfen.**

Hinter kaum vorgehaltener Hand wird gesagt, wie das erreicht werden soll: Bestehende Strukturen und Kulturen zerstören, um danach an ihre Stelle Strukturen und “Kulturen” zu setzen, die den US-Imperialisten genehm sind. In diese Politik paßt dann auch das brutale Vorgehen der US-Kriegsmaschinerie, die Massaker, die Folter-Gefängnisse usw.

In den Mittelpunkt des Kampfes gegen den Imperialismus, Kampfes gegen den Weltfeind Nummer 1, den US-Imperialismus, muß die Durchkreuzung beider Pläne stehen: des Plans zur Eroberung der Rohstoffe anderer Länder und des Plans zur Degradierung dieser Länder zu Absatzmärkten für die imperialistischen Länder, wobei Letzteres das wichtigere ist!

Dokumentation:

Folgenden Flugblatttext verteilte die KPD/ML u.a. bei zahlreichen Demonstrationen gegen die zionistische Aggression:

Solidarität mit dem Kampf der Völker Libanons und Palästinas gegen die israelische Aggression!

Die terroristischen Geheimdienste der CIA und des Mossads haben tausende Personen entführt und sie in den Folterlagern von Guantanamo, Abu Greibh, Bagram, Guam und anderen CIA-Geheimgefängnissen interniert, wo sie entgegen dem Völkerrecht und den Menschenrechten aufs brutalste misshandelt werden. Bei den Entführungen der CIA wurde auch die Souveränität anderer Länder wie Deutschland,

- ohne jede Rücksicht auf zivile Opfer wie Kinder und Frauen. Es wurden Ministerien, Brücken und Elektrizitätswerke unter dem Bombenhagel vernichtet. Die palästinensische Bevölkerung vom Säugling bis zum Greis muß bei 45 Grad Celsius dursten.

Die Festnahme von zwei israelischen Soldaten Dieser Angriff ist nicht nur "unverhältnismäßig" wie sogar einige westliche Regierungsvertreter zugeben, sondern ein Kriegsverbrechen.

Es muß der Hisbollah hoch angerechnet werden, dass sie den palästinensischen Brüdern zu Hilfe gekommen ist - im Gegensatz zu den korrupten arabischen Marionettenregimes von Jordanien, Ägypten und Saudiarabien.

Nur der Denkkzettel einer militärischen Niederlage Israels kann dem grenzenlos hochmütigen Chauvinismus des zionistischen Staates Einhalt Gebieten und zu einer Verhandlungslösung zwingen. Deswegen waren alle früheren Waffenstillstände und

Friedensabkommen ein fauler Zauber auf Kosten des palästinensischen Volkes und der arabischen Nachbarstaaten.



Italien und Mazedonien verletzt.

Demonstration in Gelsenkirchen gegen den zionistischen Überfall auf den Libanon und gegen die Entsendung deutscher Truppen

Der zionistische Geheimdienst schreckte auch nicht davor zurück, demokratisch gewählte Regierungsmitglieder Palästinas zu kidnappen.

Der perverse Kriegsverbrecher von Guantanamo General Craddock wurde nun sogar zum NATO-Oberbefehlshaber ernannt. Niemand wirft deswegen Bomben auf die USA.

Die Entführung eines einzigen israelischen Soldaten dagegen war der Vorwand für die zionistische Militärmaschinerie die gewählte Regierung des palästinensischen Volkes zu töten

**Tod dem Zionismus!
Freiheit für Palästina!
Es lebe die panarabische
Revolution! Für Sozialismus und
Unabhängigkeit!
Nieder mit dem Kapitalismus!**

Dokumentation:
Wortlaut der Rede des Präsidenten der Republik Bolivien,
Evo Morales Ayma
vor den Vereinten Nationen

(New York, 19. September 2006)

Vielen Dank, Frau Vorsitzende. Meine Brüder Präsidenten, meine Schwestern Präsidentinnen, Damen und Herren Delegierte zur 61. Ordentlichen Vollversammlung der Vereinten Nationen.

Mit großer Zufriedenheit bin ich hier als Repräsentant meines Volkes, meines Vaterlandes Bolivien und insbesondere der indigenen Bewegung (1).

Ich möchte zu Ihnen sprechen nach 500 Jahren voller Verachtung und Hass, in denen wir zeitweilig als wilde Bestien und Tiere betrachtet

wurden und in einigen Regionen zur Ausrottung verurteilt waren.

Dank dieses Bewusstseins und dieser Erhebung und dieses Kampfes für die Rechte der Völker kam ich dort an, wo wir angekommen sind, um einen historischen Schaden zu reparieren. Um die Schäden von 500 Jahren zu reparieren. In

Zeiten der Republik auf gleiche Art diskriminiert, an den Rand gedrängt, ist man sich niemals klar geworden über jenen Kampf der Völker für das Leben und für die Menschlichkeit. In den letzten 20 Jahren wurde die Ausplünderung unserer Naturreichtümer und die Privatisierung der Grundbedürfnisdienstleistungen fortgesetzt durch die Anwendung eines Wirtschaftsmodells, des Neoliberalismus. Wir sind sehr überzeugt, dass die Form der Privatisierung der Grundbedürfnis-Dienstleistungen die wirksamste Form ist, um die Menschenrechte zu verletzen.

Und diese kleinen Betrachtungen verpflichten. Und sie verpflichten mich, hier die Wahrheit über die Lebensweise jener Familien zu sagen. Ich drücke dahingehend das Gespür für die Menschlichkeit der Völker aus, meines Volkes. Ich drücke dahingehend das Leiden aus, im Ergebnis eines



Drängens an den Rand, eines Ausschlusses. Ich drücke dahingehend vor allem jenes antikoloniale Gedankengut der Völker aus, die für die Gleichheit und die Gerechtigkeit kämpfen.

Ich möchte Ihnen sagen, meine Herren und Damen Delegierte, Frau Vorsitzende, dass wir in meinem Land begonnen haben, tiefgreifende demokratische und friedliche Umgestaltungen vorzunehmen. Wir sind in der Etappe des "Wie" bei der Neugründung Boliviens. Bolivien neu zu gründen, um die Bolivianer zu vereinen. Bolivien neu zu gründen, um bei uns noch besser alle Bereiche und Regionen

meines Landes zusammenzufügen. Bolivien neu zu gründen, nicht um uns an irgend jemandem zu rächen, obgleich wir einer Diskriminierung unterworfen worden sind. Bolivien neu zu gründen, vor allem um mit dieser Verachtung und dem Hass auf die Völker Schluss zu machen.

Ich sage dies, weil meine Mutter mir immer auftrag, dass ich, wenn ich in die Stadt gehe, nicht das Recht habe, auf den Hauptplätzen der Städte meines Landes herumzulaufen und nicht das Recht habe, auf den Rolltreppen zu fahren. Aber glücklicherweise haben wir entschieden, von jenem gesellschaftlichen, gewerkschaftlichen und kommunalen Kampf zu einem Wahlkampf überzugehen, damit wir die Handlungsträger sind, um die sozialen, die Wirtschafts- und Strukturprobleme zu lösen. Und wir setzen dabei auf die Verfassungsgebende Versammlung als Neugründung. Und ich will, dass die Vereinten Nationen an diesem Prozess der friedlichen und demokratischen Umgestaltung teilnehmen.

Denn dies ist das Beste, was wir für all die im Stich gelassenen und an den Rand der Gesellschaft gedrängten Familien tun können.

Ganz sicher haben viele Länder dieselben

Probleme wie mein Land. Ein Land, eine Nation mit soviel Reichtum, aber auch einer dermaßen Armut, den in der Geschichte von den neoliberalen Regierungen geraubten und geplünderten und verhökerten und an die transnationalen Konzerne ausgelieferten Reichtümern.

Die Stunde ist bereits gekommen, um jetzt an der Spitze des Kampfes der Völker die Macht und das Territorium zurückzuerlangen und diese Naturreichtümer für den bolivianischen Staat unter der Kontrolle der Völker rückzuerlangen.

Und wenn wir davon reden, unsere natürlichen Bodenschätze rückzuerlangen, dann sagen sie uns in einer schmutzigen Hetzkampagne, dass die Regierung von Evo Morales das Privateigentum nicht respektieren wird. Dazu will ich Ihnen sagen, dass in meiner Regierung das Privateigentum respektiert wird.

Es ist richtig, dass wir Investitionen brauchen. Wir brauchen Partner, und keine Herren, keine Besitzer unserer Naturreichtümer. Wir verstehen vollends, dass ein unterentwickeltes Land Investitionen braucht. Und ich möchte Ihnen als eine Erklärung an alle Welt wegen einiger Sorgen und falschen Beschuldigungen sagen: Wenn der Staat das Recht auf Eigentum eines Naturreichtums wie Erdgas, Kohlenwasserstoffe, Erdöl ausübt, dann wird da überhaupt niemand ausgeschlossen. Wir enteignen niemanden.

Dies wird respektiert werden. Wobei garantiert werden wird, dass sie ihre Investitionen zurückerhalten und ein Recht auf Profit haben. Aber sie werden nicht Profit machen wie früher, in einer Größe, dass anschließend die sozialen Probleme in meinem Land nicht gelöst werden.

Ich will Ihnen diesbezüglich sagen, dass ich nicht herkomme und Ihnen sage, sie mögen ein Land so weiter regieren oder bedrohen, oder mit Stellen von Bedingungen gegenüber einem Land anfangen. Ich will nur, dass Sie als internationale Organisationen, als Staat mit Solidarität wie auch als Nationen, gemäß den Prinzipien der Gegenseitigkeit, der Brüderlichkeit, teilnehmen an diesem Umgestaltungsprozess in Demokratie.

Wir haben viel Lust, viel Interesse, dass es Bewusstsein dieser Klasse internationaler Foren, internationaler Versammlungen wie der Vereinten Nationen gibt, um dazu beizutragen und auf die friedliche Umgestaltung zu setzen.

Sie wissen, besonders hier in Nordamerika wie auch in Europa, dass es viele bolivianische Leute gibt, die auswandern auf der Suche nach Arbeit.

Früher waren es die Europäer, die in Lateinamerika einwanderten, besonders in Bolivien.

Jetzt scheint sich die Situation geändert zu haben. Es sind die Lateinamerikaner oder die Bolivianer, die nach Europa gehen wie früher in die Vereinigten Staaten. Warum? Weil in dieser Zeit, in diesem Moment, keine Arbeitsplätze hervorgebracht werden.

Ich möchte Ihnen sagen, dass wir auf einen gerechten Handel setzen wollen, einen Handel der Völker für die Völker.

Einen Handel, der das Problem der Arbeitsplätze löst. Wie auch der Handel wichtig ist für die Unternehmen. Aber noch wichtiger ist der Handel als Handel für die Kleinst- und Kleinproduzenten, für jene Genossenschaften, jene Vereinigungen, die Kollektivbetriebe. Wie es der Wunsch von uns ist, will ich, dass anstelle meiner Schwestern und Brüder besser Produkte und nicht Menschen in Europa ankommen. Und ich glaube, dass es mit einem Bewusstsein in der internationalen Gemeinschaft zu tun hat, wenn wir das Thema der Einwanderung lösen wollen.

Ich habe die Information, dass unsere Schwestern und Brüder nicht dorthin auswandern, um sich Tausende von Hektar Boden anzueignen, etwa wie die Einwanderer einst in Lateinamerika Tausende Hektar Boden hamsterten. Sie kamen, um sich unseren Reichtum anzueignen, unsere Ressourcen.

Ich glaube, dass es wichtig ist bei diesem Thema des Kommerz, Kommerz, des sogenannten freien Handels festzustellen: auch in meinem Land zieht dies die Großproduzenten in Mitleidenschaft und löscht die Agro-Industriellen aus. Stellen Sie sich mal vor: Das von Kolumbien mit den Vereinigten Staaten unterzeichnete Abkommen zum Vertrag über den Freien Handel nimmt den bolivianischen Sojabauern den Markt weg und ebenso den Agroindustriellen in Kolumbien.

Ich bin überzeugt davon, dass es notwendig ist, das einzuführen, was wir nicht produzieren, und auszuführen, was wir produzieren. Und genau dies wäre eine Lösung des Wirtschafts- und Beschäftigungsproblems.

Ich will diese Gelegenheit nutzen, Frau Vorsitzende, um auf eine andere historische Ungerechtigkeit hinzuweisen: das Bestrafen des Coca-Blatts. Ich will Ihnen sagen: Dies ist ein grünes Coca-Blatt. Es ist nicht weiß, wie das Kokain.

Dieses Coca-Blatt repräsentiert die Kultur der Anden. Ein Coca-Blatt repräsentiert die Umwelt und die Hoffnung der Völker.

Es ist nicht möglich, dass das Coca-Blatt legal sein soll für die Coca Cola, und dasselbe für anderen medizinischen Bedarf in unserem Land und in der ganzen Welt. Wir wollen Ihnen sagen, dass es für die Vereinten Nationen wichtig ist zu wissen, dass wissenschaftlich von den nordamerikanischen Universitäten und von den europäischen Universitäten bewiesen worden ist, dass das Coca-Blatt der menschlichen Gesundheit keinen Schaden zufügt.

Ich bedaure sehr, dass durch den Gebrauch oder den Missbrauch das Coca-Blatt zu einem ungesetzlichen Problem irrigerweise geworden ist. Wir sind uns dessen bewusst. Darum sagen wir als Produzenten des Coca-Blattes: Es wird keinen freien Anbau der Coca geben. Ebenso wenig aber wird es den Nullpunkt der Coca geben.

Die bisherigen früher durchgesetzten und an Bedingungen geknüpften Politikrichtungen sprachen vom Nullpunkt der Coca. Nullpunkt der Coca heißt, vom Nullpunkt der Quechuas, Aymaras, Mojenos, Chiquitanos (2) in meinem Land zu sprechen. Dies hörte auf in meiner Regierung, dass wir ein unterentwickeltes Land sein sollen. Ein Land, in dem wir Wirtschaftsprobleme haben als Produkt der Ausplünderung unserer Naturschätze.

Und wir sind jetzt hier, um uns die Würde zurückzugeben. Und wir beginnen, unserem Land die Würde zurückzugeben. Und innerhalb dieses Rückerlangens der Würde will ich Ihnen sagen, dass der beste Beitrag gegen den Drogenhandel eine freiwillige, vereinbarte Verminderung ohne Tote und Verwundete ist. Unglücklicherweise habe ich den Bericht der Vereinten Nationen gehört. Er erkennt diese Anstrengung an als ehrlich, verantwortlich im Kampf gegen den Drogenhandel. Die Beschlagnahme von Drogen erhöhte sich um 300%, mit höherer Wirksamkeit. Nichtsdestotrotz hörte ich gestern einen Bericht der Regierung der Vereinigten Staaten, der besagt, dass sie die Anbauten der Coca nicht akzeptieren und uns Bedingungen aufgeben, um unsere Normen zu ändern.

Ich will mit viel Respekt gegenüber der Regierung der Vereinigten Staaten sagen: Wir werden nichts ändern. Wir brauchen weder Erpressungen noch Bedrohungen. Die sogenannten Zertifizierungen oder Nichtzertifizierungen des Kampfes gegen den

Drogenhandel sind lediglich ein Instrument der Rekolonisation oder Kolonisation der Andenländer. Dies akzeptieren wir nicht. Dies lassen wir nicht zu.

Ich möchte Ihnen sagen, dass wir ein Bündnis des Kampfes gegen den Drogenhandel haben und brauchen, aber real und effektiv. Dass der Kampf gegen Drogen kein Instrument, kein Vorwand sein kann, um sich die Länder der Andenregion zu unterwerfen, so wie Präventivkriege erfunden wurden, um in einigen Ländern des Mittleren Ostens zu intervenieren.

Wir brauchen den ehrlichen Kampf gegen den Drogenhandel. Und dazu berufen die Vereinten Nationen ein. Ich lade die Regierung der Vereinigten Staaten ein, ein Abkommen zu machen, ein wirksames Bündnis des Kampfes gegen den

Drogenhandel. Und nicht den Krieg gegen Drogen als Vorwand zu benutzen, um uns zu beherrschen, oder uns zu demütigen. Oder zu versuchen, Militärbasen aufzubauen. In unserem Land. Mit ihrem Vorwand des Kampfes gegen den Drogenhandel.

Ich nutze auch diese Gelegenheit zu sagen, dass wir in diesem Umgestaltungsprozess Gerechtigkeit wollen. Dass es Gerechtigkeit geben soll, ist wichtig für unsere Völker. Doch ich spüre, dass mittels der Verfassungsgebenden Versammlung entkolonisiert werden wird mit dem Recht auf Nationalisierung. Dies ist Gerechtigkeit, die wirkliche Gerechtigkeit.

Es gibt da jene Leute, die sich der Verletzung der Menschenrechte schuldig gemacht haben, an den von militärischen Interventionen bedrohten Völkern schuldig gemacht haben. Damit es da jemals Gerechtigkeit geben wird, sind wir verpflichtet als Präsidenten, als Staatschefs, der Menschheit ihre Würde zurückzugeben und mit der Nichtstrafbarkeit Schluss zu machen. Und in den vorhergehenden Regierungen meines Landes gab es Massaker an den Leuten, die für wirtschaftliche Forderungen und ihre Naturreichtümer kämpften. Und es findet Unmögliches statt. Völkermörder, Kriminelle und Korrupte flüchten zum Leben in die Vereinigten Staaten. In ein Land, welches so entwickelt ist wie die Vereinigten Staaten. Ich bitte mit großem Respekt, diese Völkermörder, Kriminellen, Korrupten auszuweisen, die hierher kommen für ihr Leben hier. Und wenn sie mit all dem nichts zu tun

haben, warum verteidigen sie sich dann nicht vor der bolivianischen Justiz?

Ich habe die Verpflichtung als Präsident hier vorzubringen, dass diese Autoritäten von der bolivianischen Justiz gerichtet werden. Und ich glaube, dass kein Land, kein Staatschef die Verbrecher, die Völkermörder schützen kann.

Hoffentlich mit der Unterstützung des nordamerikanischen Volkes, hoffentlich mittels der internationalen Organisationen werden die Leute gerichtet, die soviel wirtschaftlichen Schaden angerichtet haben, an den Menschenrechten. Sonst gibt es nie Achtung vor den Menschenrechten.

Ich habe einen Auftrag vom ständigen Forum der indigenen Völker bezüglich der Debatten über die Rechte der indigenen Völker vorzubringen. Die Debatten über die Rechte der indigenen Völker wurden früher im Unterausschuss der Rechte der indigenen Völker bei den Vereinten Nationen in Genf und in der Organisation der Amerikanischen Staaten geführt. Aber ich habe die Information, dass diese Debatte angekommen ist bei der höchsten Instanz, den Vereinten Nationen.

Ich möchte Sie im Namen der indigenen Völker der Welt und insbesondere von Abyala, jetzt Amerika genannt, bitten, dass dringend die Erklärung über die Rechte der indigenen Völker der Welt angenommen wird. Des Rechtes auf Selbstbestimmung, des Rechtes auf Leben in Gemeinschaft, in Kollektivität, des Rechtes auf Leben in Solidarität, in Gegenseitigkeit, und grundlegend des Rechtes auf Leben in Brüderlichkeit.

Es gibt Regionen aus Gemeinschaften ohne Privateigentum, mit Kollektiveigentum. Wir indigenen Völker wollen nur gut leben, nichts weiter. Besser leben zu wollen ist Ausbeuten, ist Plündern, ist rauben. Aber gut zu leben, das heißt in Brüderlichkeit leben.

Und darum ist es ganz wichtig, Frau Vorsitzende, dass in den Vereinten Nationen dringend nach dem Jahrzehnt der indigenen Völker diese Erklärung der Rechte der indigenen Völker angenommen wird. Des Rechts auf die Naturreichtümer, des Rechts auf die Sorge für die Umwelt.

Abschließend, Frau Vorsitzende, wir indigenen Völker, besonders wir Armen, sind von der Kultur des Lebens, und nicht von der Kultur des Krieges. Und dieses Jahrtausend soll wirklich für die Verteidigung des Lebens sein und dafür, die Menschheit zu retten. Und wenn wir die Menschheit retten wollen, haben wir die

Verpflichtung, den Planeten Erde zu retten. Wir indigenen Völker leben im Einklang mit der Mutter Erde, nicht nur in Gegenseitigkeit. Sondern wir leben auch in Solidarität mit dem menschlichen Sein.

Wir spüren sehr, dass die Politikrichtungen, die hegemonialen Wettstreits, den Planeten Erde zerstören. Ich spüre, dass alle Länder, gesellschaftlichen Kräfte, internationalen Organisationen beginnen sollen, wirklich darüber zu debattieren, um den Planeten Erde zu retten, um die Menschheit zu retten.

Dieses neue Jahrtausend - das Jahrtausend, in dem wir uns befinden - soll ein Jahrtausend des Lebens und nicht des Krieges sein. Ein Jahrtausend des Volkes und nicht des Imperiums. Ein Jahrtausend der Gerechtigkeit und der Gleichheit. Und jegliche Wirtschaftspolitik sollte darauf gerichtet sein, wie diese sogenannten asymmetrischen Differenzen eines Landes mit einem anderen Land, diese gesellschaftlichen Ungleichheiten, beendet oder zumindest verkleinert werden kann.

Hierbei geht es nicht darum, Politikrichtungen durchzusetzen, die wirtschaftliche Demütigungen oder ökonomische Ausplünderung ermöglichen. Und wenn sie nicht mit Normen ausplündern können, dann benutzen sie eben Truppen.

Ich möchte mit viel Respekt bitten. Es ist wichtig, die Truppen aus Irak abzuziehen, wenn wir die Menschenrechte respektieren wollen. Es ist wichtig, Wirtschaftspolitikrichtungen zurückzuziehen, die erlauben, das Kapital in wenigen Händen zu konzentrieren.

Und darum spüre ich, Frau Vorsitzende, dass diese Ereignisse historisch sein sollen, um die Welt zu ändern und Wirtschaftsmodelle und interventionistische Politikrichtungen zu ändern. Und vor allem wollen wir Zeiten anbrechen lassen, die es möglich machen, die Menschheit zu verteidigen und zu retten.

Vielen Dank!

(Übersetzer: Univ.-Dipl. Lateinamerikawissenschaftler/Historiker und K-Online gern unterstützender Genosse Jens-Torsten Bohlke)

Anmerkungen des Übersetzers:

(1) "indigenas", so bezeichnen die Ureinwohner Lateinamerikas sich selbst und alle Ureinwohner weltweit, z.B. Aborigines, Buschmänner, Eskimovölker, usw.

(2) Aufzählung großer indianischer Sprachfamilien aus den Andenregionen Boliviens

Dokumentation:
Rede des Präsidenten der Bolivarischen Republik Venezuela

Hugo Chavez Frías

bei der 61. Vollversammlung der Organisation der Vereinten Nationen (UNO)

Sitz der Vereinten Nationen, New York, Mittwoch, 20. September 2006

Präsidentin der 66. Vollversammlung der Vereinten Nationen, Sheika Haya Rashed Al-Khalifa: "Im Namen der Vollversammlung habe ich die Ehre, Seine Exzellenz, Herrn Hugo Chávez Frías, Präsident der Bolivarischen Republik Venezuela, bei den Vereinten Nationen willkommen zu heißen und lade ihn ein, sich an die Versammlung zu wenden."

Teilnehmer [Beifall]

Präsident der Bolivarischen Republik Venezuela, Hugo Chávez Frías:

"Frau Präsidentin, Exzellenzen, Staatschefs, Regierungschefs und hohe Repräsentanten der Regierungen der Welt: Guten Tag ihnen allen. Zu Beginn möchte ich voller Respekt alle, die dieses Buch noch nicht lesen konnten, einladen, es zu lesen: Noam Chomsky, einer der angesehensten



Intellektuellen dieses Amerika und der Welt, Chomsky, eine seiner jüngsten Arbeiten: 'Hegemonie oder Überleben, Die imperialistische Strategie der Vereinigten Staaten.' *

Eine ausgezeichnete Arbeit, um zu verstehen, was in der Welt des 20. Jahrhunderts geschehen ist, was heute geschieht und über die größte Gefahr, die über unserem Planeten lastet: die hegemonialen Bestrebungen des nordamerikanischen Imperialismus bringen das Überleben der menschlichen Spezies in Gefahr.

Wir warnen weiter vor dieser Gefahr und rufen das Volk der Vereinigten Staaten und die Welt auf, diese Bedrohung zu stoppen, die wie das Schwert des Damokles über uns schwebt. Ich wollte ein Kapitel vorlesen, aber um die Zeit zu respektieren belasse ich es lieber bei einer Empfehlung. Es liest sich schnell. Es ist sehr gut, Frau Präsidentin. Sicher kennen Sie es. Es ist erschienen in Englisch, in Deutsch, in Russisch, und sicherlich in Arabisch.

Teilnehmer [Beifall]

Sehen Sie, ich denke, dass die ersten Bürger, die dieses Buch lesen sollten, die Brüder und Schwestern Bürger der Vereinigten Staaten sind,

denn sie haben die Bedrohung im eigenen Haus; der Teufel ist im Hause. Der Teufel, der Teufel selbst ist im Haus. Gestern kam der Teufel hierher.

Teilnehmer [Beifall]

Gestern war der Teufel hier, an diesem selben Ort. Dieser Tisch, an dem es nun an mir ist, zu

reden, riecht es immer noch nach Schwefel! Gestern, meine Damen und Herren, sprach von dieser selben Bühne der Herr Präsident der Vereinigten Staaten, den ich „den Teufel“ nenne; er kam hierher, um als Herr der Welt zu sprechen, als Herr der Welt. Ein Psychiater wäre nicht genug, um die gestrige Rede des Präsidenten der Vereinigten Staaten zu analysieren. Als Sprachrohr des Imperialismus kam er, um seine Rezepte zu verteilen, um zu versuchen, das gegenwärtige Herrschaftsverhältnis zu bewahren, das Ausbeutungs- und Ausplünderungsverhältnis gegen die Völker der Welt. Das wäre gut für einen Film von Alfred Hitchcock, ich würde sogar den Titel vorschlagen: 'Das Rezept des Teufels'.

Das heißt, der nordamerikanische Imperialismus und hier sagt es Chomsky klipp und klar unternimmt hoffnungslose Anstrengungen, um sein hegemoniales Herrschaftssystem zu festigen. Wir dürfen nicht erlauben, dass dies geschieht, wir dürfen nicht erlauben, dass die Weltdiktatur errichtet wird, dass sie sich festigt, dass sich die weltweite Diktatur festigt.

Die Rede des Welttyrannpräsidenten ist voller Zynismus, voller Heuchelei; es ist die imperiale Heuchelei, der Versuch, alles zu kontrollieren. Sie wollen uns das demokratische Modell aufzwingen, wie sie es verstehen: die falsche Demokratie der Eliten. Und außerdem ein sehr originelles demokratisches Modell: Durchgesetzt mit Bomben, mit Bombenangriffen und durch Invasionen und Kanonenschüsse! Was für eine Demokratie! Man müsste noch einmal die These von Aristoteles lesen, oder? Und die der Ersten, die dort in Griechenland von der Demokratie gesprochen haben, um zu sehen, was für ein Demokratiemodell das ist, dass durch Marines, durch Invasionen, durch Aggressionen und Bomben durchgesetzt wird.

Gestern sagt der Präsident der Vereinigten Staaten in diesem selben Saal das Folgende: „Wohin Sie auch sehen, hören Sie Extremisten, die Ihnen sagen, dass man durch Gewalt, Terror und Märtyrertum dem Elend entfliehen und die Würde zurückgewinnen kann“. Wo auch immer er hinblickt, sieht er Extremisten! Ich bin sicher, dass er dich sieht, Bruder, mit dieser Farbe und glaubt, du bist ein Extremist. Mit dieser Farbe ist Evo Morales der gestern gekommen ist, der würdige Präsident Boliviens ein Extremist. Überall sehen die Imperialisten Extremisten.

Nein, wir sind keine Extremisten; was passiert ist, dass die Welt erwacht und überall wir, die Völker, uns erheben.

Ich habe den Eindruck, Herr imperialistischer Diktator, dass Sie den Rest ihrer Tage mit einem Alptraum leben müssen, denn wo auch immer Sie hinschauen, werden wir erscheinen, wir, die sich gegen den nordamerikanischen Imperialismus erheben, die die völlige Freiheit der Welt fordern, die Gleichheit der Völker, den Respekt für die Souveränität der Nationen.

Ja, sie nennen uns Extremisten, wir erheben uns gegen das Imperium, wir erheben uns gegen das Herrschaftsmodell.

Danach sagte der Herr Präsident Ihnen: ‘Heute möchte ich direkt zu den Bevölkerungen des Mittleren Ostens sprechen, mein Land wünscht den Frieden...’ Das stimmt. Wenn wir durch die Straßen der Bronx gehen, wenn wir durch die Straßen von New York, Washington, San Diego, Kalifornien, irgendeiner Stadt, San Antonio, San Francisco gehen und die Menschen auf der Straße fragen, die Bürger der Vereinigten Staaten, dann will dieses Land den Frieden. Der Unterschied ist, dass die Regierung dieses

Landes, der Vereinigten Staaten, nicht den Frieden will, sie will uns durch Krieg ihr Modell der Ausbeutung und Ausplünderung und ihre Hegemonie aufzwingen. Das ist der kleine Unterschied. Sie will den Frieden, und was passiert im Irak? Was ist im Libanon und in Palästina passiert? Was ist in 100 Jahren in Lateinamerika und weltweit passiert? Und nun die Drohungen gegen Venezuela, neue Drohungen gegen Venezuela, neue Drohungen gegen den Iran... Er sprach zum Volk des Libanon: ‘Viele von Ihnen haben gesehen, wie Ihre Heime und ihre Gemeinden im Kreuzfeuer gefangen waren’. Was für ein Zynismus! Was für eine Fähigkeit, schamlos vor aller Welt zu lügen! Die Bomben auf Beirut, die mit millimetergenauer Präzision abgeworfen wurden, sind Kreuzfeuer? Ich glaube, der Präsident denkt an die Westernfilme, als man aus der Hüfte schoß und irgendwer im Kreuzfeuer gefangen war. Imperialistisches Feuer, faschistisches Feuer, mörderisches Feuer, völkermörderisches Feuer des Imperiums und Israels gegen das unschuldige Volk Palästinas und das Volk des Libanon! Das ist die Wahrheit! Jetzt sagen sie, dass sie leiden, dass „wir leiden, weil wir ihre Heime zerstört sehen“.

Schließlich kam der Präsident der Vereinigten Staaten, um zu den Völkern zu sprechen, er kam, um außerdem zu sagen Frau Präsidentin, ich habe einige Dokumente mitgebracht, weil ich heute Morgen einige Reden gesehen und meine Worte aktualisiert habe er sprach zum Volk Afghanistans, zum Volk des Libanon: ‘Dem Volk des Iran sage ich... Dem Volk des Libanon sage ich... Dem Volk Afghanistans sage ich...’ Gut, man fragt sich: so wie der Präsident der Vereinigten Staaten diesen Völkern sagt „Ich sage ihnen...“, was würden ihm diese Völker sagen, wenn diese Völker reden könnten. Was würden sie ihm sagen? Ich werde es aufgreifen, denn ich kenne den größten Teil der Seele dieser Völker, der Völker des Südens, der angegriffenen Völker.

Sie würden sagen: ‘Yankee-Imperium go home!’ Das wäre der Schrei, der überall ertönen würde, wenn die Völker der Welt mit einer einzigen Stimme zum Imperium der Vereinigten Staaten sprechen könnten.

Deshalb, Frau Präsidentin, Kollegen, Freundinnen und Freunde, kamen wir im vergangenen Jahr hierher, in diesen selben Saal, wie alle Jahre in den vergangenen acht, und sagten etwas, das

heute voll bestätigt wurde, und ich glaube, dass fast niemand hier in diesem Saal aufstehen kann, um sich zu verteidigen: Das System der Vereinten Nationen, das nach dem Zweiten Weltkrieg geboren wurde akzeptieren wir es ehrlich ist zusammengebrochen, hat sich aufgelöst. Es taugt nicht! Es taugt, um hierher zu kommen und Reden zu halten, um uns einmal im Jahr zu sehen, ja, dafür taugt es. Und um sehr lange Dokumente zu machen und gute Reflexionen und gute Reden zu hören wie gestern die von Evo, wie die von Lula und viele Reden, die wir jetzt gerade gehört haben, des Präsidenten von Sri Lanka und die der Präsidentin von Chile. Ja, dafür taugt es. Aber sie haben uns diese Versammlung in ein rein beratendes Gremium verwandelt, nur beratend, ohne irgendeine Art von Macht, um auch nur auf die geringste Weise der schrecklichen Realität entgegenzutreten, die die Welt erlebt.

Deshalb wiederholen wir unseren Vorschlag; Venezuela schlägt hier heute, an diesem 20. September, erneut vor, dass wir die Vereinten Nationen neu gründen. Wir haben im vergangenen Jahr, Frau Präsidentin, vier bescheidene Vorschläge unterbreitet, die wir für unaufschiebbar dringend halten, damit wir Staatschefs, Regierungschefs, unsere Botschafter, unsere Vertreter sie aufgreifen und wir sie diskutieren.

Erstens, die Ausweitung gestern sagte Lula dasselbe des Sicherheitsrates, sowohl in seinen ständigen wie in seinen nicht ständigen Bestandteilen, damit neue entwickelte und unterentwickelte Länder hereinkommen, die Dritte Welt, als neue ständige Mitglieder. Das als Erstes. Zweitens, die Anwendung effizienter Methoden zur Behandlung und Lösung der weltweiten Konflikte, transparente Methoden der Diskussion, der Entscheidungen.

Drittens, das erscheint uns grundlegend, die sofortige Abschaffung und das ist eine Forderung aller dieses antidemokratischen Mechanismus des Vetos, des Vetos bei den Entscheidungen des Sicherheitsrates. Nur ein jüngstes Beispiel: Das unmoralische Veto der Regierung der Vereinigten Staaten erlaubte es den israelischen Truppen, frei den Libanon zu zerstören, indem sie ganz offen, vor unser aller Augen, eine Resolution im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen verhinderte.

Und Viertens, notwendig ist das sagen wir immer die Rolle, die Befugnisse des Generalsekretärs

der Vereinten Nationen zu stärken. Gestern hat uns der Generalsekretär eine Rede gehalten, praktisch sein Abschied, und er erkannte an, dass in diesen zehn Jahren die Welt komplizierter geworden ist und dass die schweren Probleme der Welt, der Hunger, das Elend, die Gewalt, die Verletzung der Menschenrechte, sich verschlimmert haben. Das ist die schreckliche Konsequenz des Zusammenbruchs des Systems der Vereinten Nationen und der nordamerikanischen imperialistischen Ansprüche. Andererseits, Frau Präsidentin, entschied Venezuela vor mehreren Jahren, diese Schlacht innerhalb der Vereinten Nationen auszutragen. Wir erkennen die Vereinten Nationen als Mitglieder, die wir sind, mit unserer Stimme, mit unseren bescheidenen Reflexionen an; wir sind eine unabhängige Stimme, um die Würde und die Suche nach Frieden zu vertreten, die Neuformulierung des internationalen Systems; um die Verfolgung und die Aggressionen des Hegemonismus gegen die Völker des Planeten anzuklagen. Venezuela hat auf diese Weise seinen Namen gegeben, dieses Heimatland von Bolívar hat seinen Namen gegeben und hat sich für einen Sitz als nicht-ständiges Mitglied des Sicherheitsrates beworben. Wissen Sie, die Regierung der Vereinigten Staaten hat eine offene Aggression begonnen, eine unmoralische Aggression auf der ganzen Welt, und versucht zu verhindern, dass Venezuela frei gewählt wird, um einen Sitz im Sicherheitsrat einzunehmen. Sie fürchten die Wahrheit, das Imperium hat Angst vor der Wahrheit, vor den unabhängigen Stimmen, klagt uns an, Extremisten zu sein. Sie sind die Extremisten.

Ich möchte hier all jenen Ländern danken, die ihre Unterstützung für Venezuela angekündigt haben, auch wenn die Abstimmung geheim ist, und es ist nicht notwendig, dass irgend jemand es ankündigt. Aber ich glaube, die offene Aggression des nordamerikanischen Imperiums hat die Unterstützung durch viele Länder beschleunigt, was Venezuela, unser Volk, unsere Regierung moralisch sehr stärkt. Der Mercosur zum Beispiel hat als Block seine Unterstützung für Venezuela angekündigt, unsere Brüder vom Mercosur Venezuela ist jetzt Vollmitglied des Mercosur mit Brasilien, Argentinien, Uruguay, Paraguay und viele andere Länder Lateinamerikas wie Bolivien; die Caricom hat vollständig ihre Unterstützung für Venezuela angekündigt; die Arabische Liga hat vollständig ihre Unterstützung

für Venezuela angekündigt. Ich danke sehr der arabischen Welt, unseren Brüdern aus Arabien, diesem tiefen Arabien. Unseren Brüdern der Karibik, der Afrikanischen Union: fast ganz Afrika kündigte seine Unterstützung für Venezuela an. Und Länder wie Russland, wie China und viele andere Länder des Planeten. Vielen, vielen Dank im Namen Venezuelas, im Namen unseres Volkes und im Namen der Wahrheit. Denn Venezuela wird, wenn es einen Sitz im Sicherheitsrat besetzt, nicht nur die Stimme Venezuelas einbringen, sondern die Stimme der Dritten Welt, die Stimme der Völker des Planeten. Wir werden dort sein und die Würde und die Wahrheit verteidigen.

Darüber hinaus, Frau Präsidentin, glaube ich, daß es Gründe gibt, optimistisch zu sein, unweigerlich optimistisch, würde ein Dichter sagen, denn neben den Drohungen, den Bomben, den Kriegen, den Aggressionen, dem Präventivkrieg, der Zerstörung ganzer Völker, kann man spüren, daß sich eine neue Ära erhebt, wie es Silvio Rodríguez singt: 'Die Ära gebärt ein Herz'. Es erheben sich alternative Strömungen, alternative Ideen, alternative Bewegungen, Jugendliche mit anderen Ideen. Es wurde innerhalb eines Jahrzehnts bereits bewiesen, dass die These vom Ende der Geschichte völlig falsch war, völlig falsch die These von der Begründung des amerikanischen Imperiums, der pax americana, der Begründung des neoliberalen kapitalistischen Modells, denn was es hervorbringt ist Elend und Armut. Die These ist völlig falsch, sie geht zugrunde, jetzt muss die Zukunft der Welt definiert werden. Es liegt Morgendämmerung über dem Planeten, und man sieht sie überall, in Lateinamerika, in Asien, in Afrika, in Europa, Ozeanien.

Ich möchte diese Vision des Optimismus hervorheben, damit sich unser Bewusstsein und unsere Bereitschaft zum Kampf für die Rettung der Welt und für den Aufbau einer neuen Welt, einer besseren Welt verstärken. Venezuela reiht sich in diesen Kampf ein und deshalb werden wir bedroht.

Die Vereinigten Staaten planten, finanzierten und initiierten bereits einen Staatsstreich in Venezuela und die Vereinigten Staaten unterstützen weiter putschistische Bewegungen in Venezuela und gegen Venezuela, sie unterstützen weiter den Terrorismus. Die Präsidentin Michelle Bachelet hat vor einigen Tagen - Entschuldigung, vor einigen Minuten an die schreckliche Ermordung

des früheren chilenischen Außenministers Orlando Letelier erinnert. Ich möchte nur das Folgende hinzufügen: die Schuldigen sind frei und die Schuldigen jenes Ereignisses, bei dem auch eine Bürgerin der Vereinigten Staaten starb, sind Nordamerikaner von der CIA, Terroristen der CIA. Aber es muss auch in diesem Saal daran erinnert werden, dass sich in wenigen Tagen auch die schreckliche terroristische Tat der Sprengung des kubanischen Flugzeugs zum 30. Mal jährt, bei der 73 Unschuldige starben, ein Flugzeug der Cubana de Aviación. Und wo ist der größte Terrorist dieses Kontinents, der die Verantwortung für die Sprengung des kubanischen Flugzeugs als geistiger Urheber übernommen hat?

Er war in Venezuela einige Jahre lang gefangen, er floh mit der Hilfe von Beamten der CIA und der damaligen venezolanischen Regierung. Er lebt hier in den Vereinigten Staaten, geschützt von dieser Regierung, er war gefangen und geständig.

Die Regierung der Vereinigten Staaten hat ein doppeltes Gesicht und beschützt den Terrorismus.

Diese Reflexionen besagen, dass Venezuela dem Kampf gegen den Terrorismus, gegen die Gewalt verpflichtet ist und sich mit allen Völkern vereint, die für den Frieden und eine Welt der Gleichen kämpfen.

Ich habe von dem kubanischen Flugzeug gesprochen. Der Terrorist heißt Luis Posada Carriles, er wird hier beschützt. Geschützt werden hier die großen Korrupten, die aus Venezuela geflohen sind; eine Gruppe von Terroristen, die dort Bomben in den Botschaften mehrerer Länder gelegt haben, die dort während des Staatsstreichs Menschen ermordet haben, die diesen bescheidenen Diener entführten und ihn erschießen wollten, nur dass Gott und eine Gruppe guter Soldaten und ein Volk, das auf die Straße gingen, ihre Hand erhoben haben. Durch ein Wunder bin ich hier. Sie sind hier, die Führer dieses Staatsstreichs und dieser terroristischen Akte, beschützt von der Regierung der Vereinigten Staaten. Ich klage die Regierung der Vereinigten Staaten an, den Terrorismus zu schützen und einen absolut zynischen Diskurs zu führen.

Wir sprechen von Cuba, wir kommen aus Havanna, wir kommen glücklich aus Havanna, wir waren dort mehrere Tage; und dort kann man die Geburt einer neuen Ära sehen: den Gipfel der

G-15, den Gipfel der Bewegung der Nichtpaktgebundenen mit einer historischen Resolution: 'Abschlussdokument' - erschrecken Sie nicht, ich werde nicht alles vorlesen - aber hier gibt es eine Reihe von Resolutionen, die in offener und transparenter Diskussion von mehr als 50 Staatschefs getroffen wurden. Havanna war eine Woche lang die Hauptstadt des Südens. Wir haben die Bewegung der Nichtpaktgebundenen neu gestartet, und wenn ich Sie alle um etwas bitten darf, Compañeros und Brüder und Schwestern, dann ist es, dass wir großen Willen in die Stärkung der Gruppe der Nichtpaktgebundenen setzen, das ist überaus wichtig für die Geburt der neuen Ära, um die Hegemonie und den Imperialismus zu verhindern. Und außerdem, Sie wissen es, haben wir Fidel Castro für die nächsten drei Jahre zum Präsidenten der Gruppe der Nichtpaktgebundenen bestimmt und wir sind sicher, dass der Genosse Präsident Fidel Castro den Taktstock mit großer Effizienz führen wird. Die, die wollten, dass Fidel stirbt, nun gut, sie blieben frustriert zurück und sie werden frustriert zurück bleiben, denn Fidel trägt wieder die olivgrüne Uniform und jetzt ist er nicht nur der Präsident Cubas, sondern der Präsident der Nichtpaktgebundenen.

Frau Präsidentin, liebe Kollegen, Präsidenten, dort wurde eine sehr starke Bewegung geboren, die des Südens. Wir sind Männer und Frauen des Südens, wir sind Überbringer dieser Dokumente, dieser Ideen, dieser Kritiken, dieser Reflektionen. Ich schließe schon meine Mappe und das Buch nehme ich wieder mit - vergessen Sie nicht, dass ich es Ihnen in aller Bescheidenheit sehr empfehle. Wir haben versucht, Ideen für die Rettung dieses Planeten beizutragen, um sie vor der imperialistischen Bedrohung zu retten und damit, hoffentlich bald, in diesem Jahrhundert, nicht sehr spät, unsere Kinder und unsere Enkel besser leben können, hoffentlich können wir es noch sehen und erleben: eine Welt des Friedens, unter den grundlegenden Prinzipien der Organisation der Vereinten Nationen, aber einer neu gestarteten, einer neu gestarteten und anderswo untergebrachten. Ich glaube, wir müssen die Vereinten Nationen in einem anderen Land unterbringen, in einer Stadt des Südens, haben wir aus Venezuela vorgeschlagen. Sie wissen, dass mein persönlicher Arzt eingeschlossen im Flugzeug bleiben musste: sie

haben ihm nicht erlaubt, zu den Vereinten Nationen zu kommen. Ein weiterer Missbrauch und Angriff, Frau Präsidentin, den wir aus Venezuela beantragen als einen sogar persönlichen Angriff des Teufels zu registrieren. Es riecht nach Schwefel, aber Gott ist mit uns. Eine gute Umarmung und Gott schütze Sie alle. Guten Tag."

Teilnehmer [Beifall und Applaus]

(Übersetzung: André Scheer)

1) Noam Chomsky: Hybris - Die endgültige Sicherung der Vormachtstellung der USA; Serie Piper



Aus unserem Vertrieb:



Die oben abgebildeten Musiksammlungen, Reden und Texte sind als CD erhältlich. Jede **Einzel-DC** kostets **5 €**, jede **Doppel-DC** **8 €**, jeweils einschließlich Porto.

Außerdem als CD erhältlich:

- * **Dokumente von Enver Hoxha und Josef Stalin**
Als Broschüre für jeweils 2 € erhältlich sind:
- * **Waltraud Aust:** Der 17. Juni 1953 aus der Sicht einer Kommunistin
- * **Herbert Polifka:** Wie die DDR zur BRD kam
Albanische Hefte 1/2004

NEU: **Ernst Aust:** Die Jugend wird den Kampf entscheiden (Auszüge aus der Rede 1975)

Bestellungen bitte an:

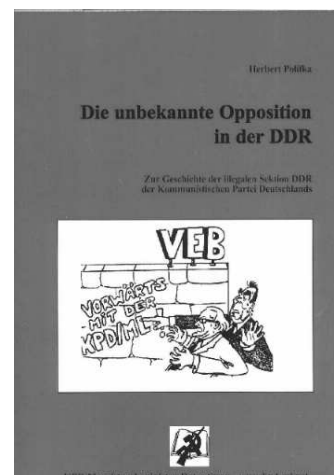
H. Polifka, Postfach 35 11 02

39034 Magdeburg

Bankverbindung: **Postbank Köln, K-Nr.: 152160508**
BLZ 370 100 50, Kennwort F.Pöschl

Neuerscheinung 2005:

Herbert Polifka: Die unbekannte Opposition in der DDR (159 Seiten) Preis: 18 €



Wer ist die KPD/ML ?

Die KPD/ML wurde zu Silvester 1968 unter Führung von Genossen Ernst Aust im Kampf gegen den Revisionismus wiedergegründet. Nach dem Verrat der Führung der illegalen KPD reorganisierte Ernst Aust die Partei auf den Grundlagen des Marxismus-Leninismus und stellte sie wieder in die Tradition der von Rosa Luxemburg, Karl Liebknecht und Ernst Thälmann gegründeten bzw. aufgebauten KPD. Unter der Führung von Ernst Aust wuchs die Partei und gewann vor allem in den Großbetrieben Westdeutschlands beträchtlichen Einfluß. Ernst war auch maßgeblich beteiligt an der Erstellung des Programms der Partei auf kommunistischer und revolutionärer Grundlage. Unter Genossen Ernst Aust wurden auch die Sektionen der KPD/ML in Westberlin und in der DDR gegründet, hier in strengster Illegalität. Trotzdem gelang es dem Stasi, eine Anzahl von Spitzeln in die KPD/ML (Sektion DDR) einzuschleusen und eine Reihe Genossen jahrelang in Haft zu nehmen, weil sie gegen den Verrat der SED am Kommunismus kämpften.

Ende der 70er Jahre befreite sich die KPD/ML dabei von den maoistischen Kinderkrankheiten. Anfang der 80er gelang es einer Gruppe von neusozialdemokratischen Karrieristen - vor allem Studenten, die in die Betriebe gegangen waren und aufgrund ihrer Beredsamkeit jetzt dort Karriere machten - die Partei zum großen Teil zu liquidieren.

Der Wiederaufbau war dadurch objektiv sehr schwierig, bis schließlich wieder ein fester kommunistischer Kern geschmiedet war. Erschwert wurde die Arbeit auch dadurch, daß

in dieser kritischen Phase Genosse Ernst Aust

verstarb.

Die KPD/ML ist eine Partei der Arbeiterklasse, sie stützt sich auf die praktischen Erfahrungen und die wissenschaftlichen Erkenntnisse von Marx, Engels, Lenin und Stalin.

Sie tritt für eine Gesellschaft ein, in der die Arbeiterklasse und alle Lohnabhängigen ihre Arbeitskraft nicht länger als Lohnsklaven an die Kapitalisten verkaufen müssen, sondern als freie Mitglieder der Gesellschaft die Produktion und ihr Leben selbst gestalten können.

Um zu dieser klassenlosen Gesellschaft ohne Ausbeutung und Unterdrückung zu gelangen, muß die Diktatur der Bourgeoisie gestürzt werden. Die KPD/ML unterstützt alles - auch jede Reform - was diesem Ziel dient.

Dazu ist die Einheit der Arbeiterklasse, der deutschen und der ausländischen Arbeiter, die Loslösung von den reformistischen politischen und gewerkschaftlichen Führern notwendig.

Dringend muß die Einheit der Marxisten-Leninisten und aller Revolutionäre gefördert werden. Die KPD/ML beteiligt sich an allen Aktionseinheiten, theoretischen Diskussionsforen, internationalen Beziehungen, die dem Interesse der Arbeiterklasse und dem Kommunismus dienen.

Der Reformismus hat durch die Kapitalentwicklung immer weniger Spielräume. Der Aufbau einer revolutionären Alternative in Deutschland ist dringender denn je.

* * *

“Die Diktatur des Proletariats aber, d.h. die Organisierung der Avantgarde der Unterdrückten zur herrschenden Klasse, um die Unterdrücker niederzuhalten, kann nicht einfach nur eine Erweiterung der Demokratie ergeben. *Zugleich* mit der gewaltigen Erweiterung des Demokratismus, der *zum erstenmal* ein Demokratismus für die Armen, für das Volk wird und nicht ein Demokratismus für die Reichen, bringt die Diktatur des Proletariats eine Reihe von Freiheitsbeschränkungen für die Unterdrücker, die Ausbeuter, die Kapitalisten. Diese müssen wir niederhalten, um die Menschheit von der Lohnsklaverei zu befreien, ihr Widerstand muß mit Gewalt gebrochen werden, und es ist klar, daß es dort, wo es Unterdrückung, wo es Gewalt gibt, keine Freiheit, keine Demokratie gibt.”
(W.I. Lenin)